



DNR
DEUTSCHER
NATURSCHUTZRING



DEM WACHSTUM ENTWACHSEN

Die Herausforderung für Umwelt- und Naturschutz im 21. Jahrhundert
Ein Kompendium der Impulse für NROs

HERAUSGEBER

Deutscher Naturschutzring
Dachverband der deutschen
Natur-, Tier- und Umwelt-
schutzorganisationen (DNR) e.V.
Marienstraße 19–20
D–10117 Berlin

IMPRESSUM

KONTAKT

Theresa Klostermeyer
030/678 17 75 - 87
Theresa.Klostermeyer@dnr.de
info@dnr.de

VERANTWORTLICH

Helga Inden-Heinrich

REDAKTION

Theresa Klostermeyer
Elena Hofmann
Hauke Ebert

GRAFIK

reh)produkt — rehprodukt.de —

DRUCK

lokay | Zertifizierter Umweltdruck

STAND

September 2017



FÖRDERHINWEIS

Die vorliegende Broschüre wurde im Rahmen des DNR Projektes »Lust auf Zunkunft« erstellt. Das Projekt wurde vom Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben in dieser Veröffentlichung, sowie für die privaten Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



AUFTAKT AUS DEM DNR

03
GRUSSWORTE

04
POLITIK FÜR EINE ZEIT NACH
DEM WACHSTUM

07
WARUM DIESE BROSCHÜRE?

TRANSFORMATION
IN DEN
UMWELTORGANISATIONEN

09
DER NOTWENDIGE WANDEL
IN UNSERER ARBEIT

WERKZEUGKASTEN
DES WANDELS

19
PROJEKTWEBSEITE:
LANDKARTE DER TRANS-
FORMATION

20
TRANSFORMATIVE MODELLE
AM BEISPIEL DES SMART
CSOs LAB

22
VERNETZUNG ZUM THEMA
WACHSTUMSKRITIK

GOOD PRACTICE

AUS DEN
UMWELTORGANISATIONEN

25
GRUNDSÄTZLICHE KRITIK
EINIGER UMWELTORGANI-
SATIONEN

28
BEISPIELPROJEKTE
AUS DEN DNR-MITGLIEDS-
ORGANISATIONEN

POLITISIERUNG DER
DEBATTE

31
EXKURS: SPIELRÄUME
FÜR WACHSTUMSKRITIK

34
VON GRUNDSATZDEBATTEN
UND POLITIKVORSCHLÄGEN

36
SUFFIZIENZ ALS NOT-
WENDIGE POLITISCHE
FORDERUNG

39
AUSBlick

A collage of various photographs is shown, including a factory, a character, a family, a car interior, and a plaid bag. A hand is holding a white folder or envelope in the foreground, partially obscuring some of the photos. The background is a light, neutral color.

AUFTAKT AUS DEM DNR

GRUSSWORTE

LIEBE VERBÜNDETE FÜR EINE LEBENS- WERTE WELT!

Diese Broschüre trifft den Nerv der Zeit, denn Naturschutz und Umweltpolitik treten in eine neue Phase ein. Sehr lange konnten sich die Natur- und Umweltfreunde auf eine konservierende Arbeit beschränken: Naturschutzgebiete und Nationalparks ausweisen und ganz allgemein die ökologischen Räume gegen die Zudringlichkeiten der Zivilisation verteidigen. In den letzten Jahrzehnten kam schon eine neue Aufgabe hinzu: Die Auseinandersetzung mit zerstörerischen Praktiken unserer Industriegesellschaft wie der Atomenergie oder industrielle Abgase, die ganze Landstriche zu veröden drohten. Die Bewahrung von Natur und Umwelt musste also von einem Reaktions- in ein Aktionsmuster übergehen, um wirksam sein zu können. Um die Jahrtausendwende wurde deutlich, dass auch diese Form nicht mehr ausreicht. Denn längst sind es nicht mehr nur einzelne Produkte oder Praktiken, die Natur und Umwelt bedrohen, sondern es ist unsere Lebens- und Wirtschaftsweise selbst. Seit 1950 hat sich das globale Bruttosozialprodukt verzwanzigfacht – und sollte es so weitergehen wie bisher, würde es im Jahr 2100 auf das 200-fache anwachsen. Der daraus resultierende Ressourcen- und Energiebedarf führt zu leer gefischten Ozeanen, dem rapiden Schwund der Wälder und einem erschreckend schnellen Artensterben.

Genau hier setzt die Broschüre an. Hinter den etwas sperrigen Begriffen „sozial-ökologische Transformation“, „Postwachstum“ oder „Anthropozän“ verbirgt sich der Versuch, neue Formen des Natur- und Umweltschutzes zu ergründen. Und damit auch des Menschenschutzes. Denn auch wenn „die Natur“ selbstverständlich alles Menschenwerk überdauern wird (was sind schon 100 Millionen Jahre?) – unsere Zivilisation, und vielleicht sogar der Mensch selbst, wird es nicht.

Genau aus diesem Grund bin ich Ende 2016 in das Präsidium des DNR eingetreten: Um dabei mitzuhelfen, die neuen Herausforderungen des Umwelt-, Klima- und Naturschutzes breit in der Bevölkerung zu verankern. Der Deutsche Naturschutzring ist wie kein anderer Dachverband dazu berufen, bei der Suche nach nachhaltigen, nicht-zerstörerischen Lebens- und Wirtschaftsweisen eine wichtige Rolle zu spielen. Ich danke den Autor*innen und dem Umweltbundesamt als Geldgeber und wünsche dieser Broschüre einen Riesenerfolg!

PROF. DR.
HERMANN OTT
DNR-Präsidiumsmitglied

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

seit November 2016 bin ich als Jugendvertreter Mitglied im DNR-Präsidium. Dort zählt es zu meinen Aufgaben, die Interessen der Jugendverbände und der jungen Menschen einzubringen. Der Themenkomplex der Transformation ist in den meisten Jugendverbänden allgegenwärtig, da unser Handeln von heute sich auf unser Leben von morgen auswirkt. Die junge Generation, wie auch die nächsten Generationen werden „die Auswirkungen der verschwenderischen Gesellschaft“ verstärkt spüren. Daher müssen bereits heute die Weichen für eine sozial-ökologisch gerechte Welt gestellt werden.

In der heutigen Zeit werden in der Politik und der öffentlichen Wahrnehmung zum überwiegenden Teil die Symptome thematisiert, diskutiert und versucht zu lösen, aber die dahinterliegenden Ursachen werden nur selten angesprochen. Dies liegt zum einen daran, dass die Zusammenhänge zwischen Ursache und Wirkung immer undurchsichtiger werden und eine Vielzahl von Faktoren eine Rolle spielen und zum anderen daran, dass man bei der Ursachenbetrachtung schnell auf einen zentralen Faktor stößt: Nämlich das Wirtschaftssystem, welches ohne Rücksicht auf die verfügbaren Ressourcen nach ständigem Wachstum strebt. Zumeist ist eine Kritik an diesem Wirtschaftssystem ein Tabuthema und wird gerne ausgeblendet. Jedoch ist ohne eine kritische Auseinandersetzung mit allen systemischen Zusammenhängen keine Transformation möglich. Daher ist es gerade jetzt an der Zeit für die Verbände, sich mit den Themen Wachstumszwänge, sozial-ökologische Gerechtigkeit und Postwachstum zu beschäftigen. Es gilt, die Auseinandersetzung mit den Wurzelproblemen und den daraus resultierenden Lösungsansätzen sowohl in die Verbandsstrukturen als auch in die Gesellschaft zu tragen.

Ich wünsche Ihnen viel Freude sowie neue Denkanstöße beim Lesen dieser Publikation. Lassen Sie uns die Themen rund um unsere Art des Wirtschaftens und den gesamtgesellschaftlichen Umbau gemeinsam in die Gesellschaft tragen.

JAN SACHSE

Jugendvertreter im DNR-Präsidium

POLITIK FÜR EINE ZEIT NACH DEM WACHSTUM

Wir Umwelt-, Natur- und Tierschutzverbände haben in den letzten Jahrzehnten sehr viel erreicht: Wir haben die Zahl der Schutzgebiete in Deutschland ausgeweitet, den Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz verankert und den Ausstieg aus der Atomenergie wiederholt durchgesetzt. Wir haben es geschafft, Umwelt-, Natur- und Tierschutzpolitik als „Zukunftspolitik“ zu einem festen Bestandteil der öffentlichen Debatte werden zu lassen. Gleichzeitig verdeutlichen die rasante Zunahme und Intensität globaler Umweltzerstörung durch den Menschen und sein wachstumsorientierten Wirtschaftssystems, dass die bisherige Umwelt- und Nachhaltigkeitsstrategie, die in den 1970er-Jahren ihren Ursprung hatte und mit dem Erdgipfel in Rio Anfang der 1990er-Jahre an Schwung aufnahm, nicht ausreichend war. Die natürlichen Ökosysteme der Erde sind nicht mehr in der Lage, sich von der immensen Anzahl menschlicher Eingriffe zu erholen. Die planetaren Belastungsgrenzen sind erreicht, teilweise bereits überschritten, wie die Grafik zeigt. Der Deutsche Naturschutzring (DNR) und seine Mitglieder sehen hier eine wichtige politische Aufgabe für ihre Arbeit und haben 2016 deshalb das Grundsatzpapier „Umwelt-, Natur- und Tierschutzpolitik für eine zukunftsfähige Menschenezeit“ für die Arbeit der nächsten Jahre verabschiedet. Darin werden die aktuellen Herausforderungen formuliert und umweltpolitische Ziele verfasst, die klar und objektiv messbar an der Einhaltung der planetaren Belastungsgrenzen ausgerichtet sind.

Der Eintritt der Erde in eine neue Epoche, das Anthropozän, die Menschenezeit, zeigt die gestaltende, aber auch zerstörerische Kraft des Menschen. Das Anthropozän ist geprägt von der sogenannten „Großen Beschleunigung“: Diese beschreibt die seit den 1950er-Jahren immer schneller stattfindenden menschengemachten Veränderung der Erdsysteme, die sich deutlich am Temperaturanstieg des globalen Klimas durch die Zerstörung der Umwelt bemerkbar machen.

Kurzfristige Abschwächungen im wachsenden Umweltverbrauch waren meist ökonomischen Krisen geschuldet: Die Ölkrise der 1970er-Jahre, der Zusammenbruch des Staatssozialismus im Osten in den 1990ern oder die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2009 ließen die Kurven des Ressourcenverbrauchs leicht abflachen. Hier zeigt sich deutlich: Das Anthropozän ist politisch. Eine Wirtschaft, die dem Gemeinwesen entbettet ist, weil sie Menschen und Natur für die eigene Gewinnmaximierung ausbeutet, statt sie daran teilhaben zu lassen, um das Gemeinwohl zu fördern, ist nicht zukunftsfähig. Gleichzeitig werden wir auch nicht umhinkommen, unsere Einwegkonsumkultur des „immer schneller, höher, weiter“ zu hinterfragen.

DAS ANTHROPOZÄN IST POLITISCH. EINE WIRTSCHAFT, DIE DEM GEMEINWESEN ENTBETTET IST, WEIL SIE MENSCHEN UND NATUR FÜR DIE EIGENE GEWINNMAXIMIERUNG AUSBEUTET, STATT SIE DARAN TEILHABEN ZU LASSEN, UM DAS GEMEINWOHL ZU FÖRDERN, IST NICHT ZUKUNFTSFÄHIG.

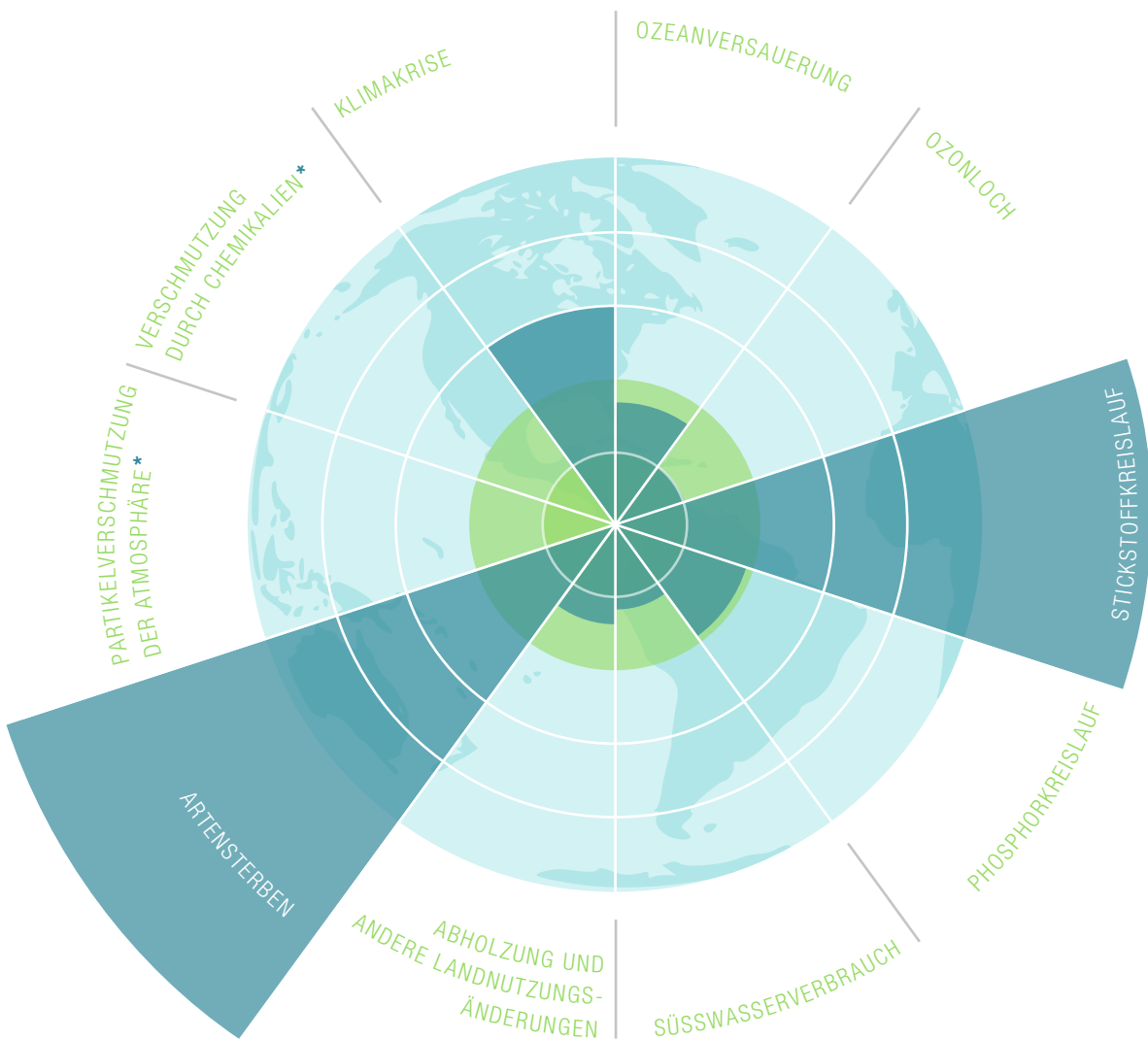
Diese Entwicklungen zeigen einerseits, dass die klassische Umweltpolitik an ihre Grenzen gestoßen ist und eine neue Ausrichtung braucht und andererseits, dass Umwelt, Natur- und Tierschutzverbände wichtiger denn je sind. Die gemeinsame Aufgabe hat sich jedoch verändert. Es geht heute nicht mehr darum, Anerkennung dafür zu gewinnen, dass Umwelt-, Natur- und Tierschutzpolitik einen Platz in der Gesellschaft finden. Das Anthropozän zeigt global wie lokal, dass ein Nischendenken nur mangelhafte Lösungen bringt. Herausforderungen wie Klimawandel, Energiesicherung oder auch Landschaftsverbrauch können nicht isoliert angegangen werden. Wir müssen aus der Umweltpolitik heraustreten und ganz bewusst auch Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Finanzpolitik mitgestalten wollen. Wir müssen zu einer Gestaltungsbewegung werden.

Gesamtgesellschaftliche Zusammenarbeit für soziale und ökologische Gerechtigkeit

Wir erleben, wie sich – nicht nur – in Deutschland eine zunehmende Verunsicherung verbreitet. Die auf kontinuierlichem Wachstum beruhende Politik, die eine immer ungerechtere Verteilung von Vermögen auch innerhalb Deutschlands hinnimmt, scheint auch in sozialer Hinsicht an ihre Grenzen zu geraten: Kommunale Infrastrukturen, soziale Sicherungssysteme und eine öffentliche Grundversorgung können zusehends nicht mehr finanziert werden. Das merken die Menschen und Ängste breiten sich aus, die unter anderem zu einem Erstarken radikaler Parteien führen.

ÖKOLOGISCHE BELASTUNGSGRENZEN

nach Johan Rockström, Stockholm Resilience Centre et al. 2009



* noch nicht umfassend berechnet

— Sichere planetare Belastungsgrenze nach Einschätzung der Autor*innen

— Beobachtung bis 2009

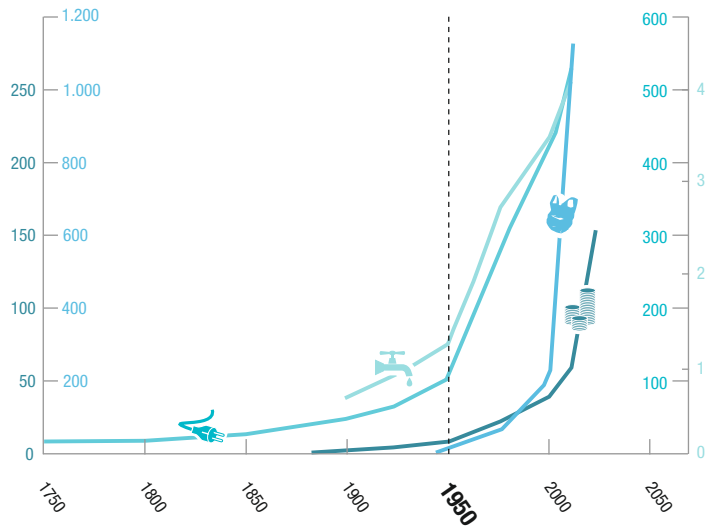
Hier ist die Vernetzung mit Sozialverbänden, Kirchen und Gewerkschaften eine wichtige Aufgabe für uns Naturschützer*innen: Es gilt aufzuzeigen, dass die Veränderungen, die Deutschland bevorstehen, um seinen internationalen Verpflichtungen beispielsweise im Klimaschutz oder in der Bekämpfung des Artensterbens gerecht zu werden, nicht zur Verstärkung der Ängste führen müssen, sondern Teil der Lösung sein können. Für eine erfolgreiche Umsetzung dürfen soziale und

ökologische Herausforderungen nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden. Die steigende Zahl der Erkrankungen durch Hitze, Feinstaub und Stickoxide zeigt: Nur was ökologisch gerecht ist, kann auch sozial gerecht sein. Wir müssen eine Wirtschaft entwickeln, die gemeinsam mit Mensch und Natur Wohlstand schafft und nicht auf ihre Kosten.

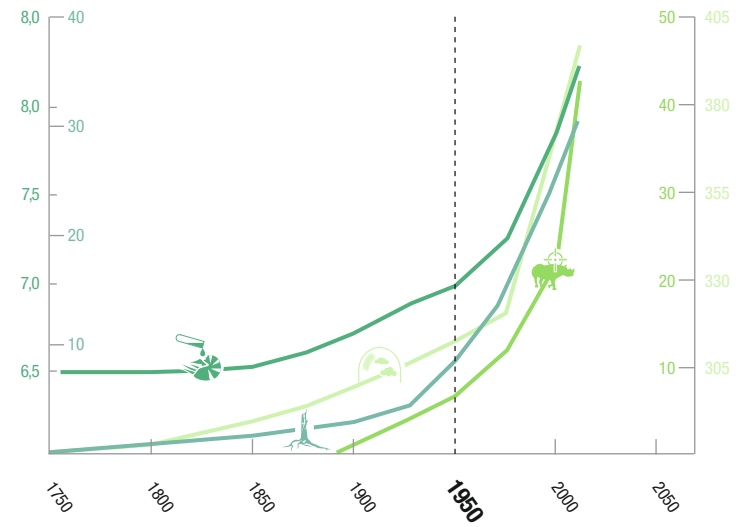
PROF. DR. KAI NIEBERT
Präsident des DNR

DIE GROSSE BESCHLEUNIGUNG

SOZIO-ÖKONOMISCHE TRENDS



TRENDS IM ERDSYSTEM



Weltweites BIP
(US-Dollar)



Platikmüll in der Umwelt
(Megatonnen)



Versäuerung der Meere
(H⁺-Konzentration in
nmol/kg)



Zerstörte Wälder
(im Vergleich zum Jahr 1700
in Prozent)



Primärenergieverbrauch
(Exajoule/Jahr)



Wasserverbrauch
(Tausend km³/Jahr)



Artensterben
(verschwundene Arten
in Tausend)



CO₂ in der Atmosphäre
(CO₂-Konzentration in ppm)

WARUM DIESE BROSCHÜRE?

EINLEITUNG DER VERFASSER*INNEN

Mit dieser Publikation wollen wir Impulse für alle geben, sich als Teil der im Leit Antrag des DNR formulierten „Gestaltungsbewegung“ zu sehen. Wir wollen uns an alle richten, die merken, dass es so nicht weitergehen kann und dass es kein Erkenntnis-Defizit mehr gibt. Denn es wird immer deutlicher, dass wir grundlegendere Fragen stellen müssen: Inwiefern muss unser auf Wachstum ausgerichtetes Wirtschaftssystem als Ausgangspunkt vieler Problembereiche angesehen und daher von Grund auf verändert werden?

Zudem wollen wir auf eine Entwicklung hinweisen: Unsere Erkenntnis aus den letzten Jahren ist die, dass es sehr viele Menschen in zivilgesellschaftlichen Organisationen gibt, die eine grundsätzlichere Kritik üben wollen. Sie opfern Zeit und Ressourcen, um Wandel in der eigenen Organisation anzustoßen. Aus dieser Erfahrung rührt unsere Motivation für diese Publikation. Diesen Kreis engagierter Menschen wollen wir erweitern.

Das DNR-Projekt „Lust auf Zukunft“ führte über die Jahre Workshop- und Vernetzungsveranstaltungen für Mitarbeiter*innen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen zu den Themen sozial-ökologische Transformation und Wachstumskritik durch. In den Workshops war ein Ziel, im alltäglichen, beschleunigten und von externen Zwängen und Auflagen bestimmten Arbeitsalltag innezuhalten und sich gemeinsam zu fragen: Weiter wie bisher und nur noch mehr anstrengen? Oder ist es Zeit zum Umdenken – auch für uns Nichtregierungsorganisationen (NROs)? In diesen Workshops und in den Netzwerken, in denen wir uns bewegen, haben wir Impulse von Mitarbeiter*innen aus unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen bekommen. Nicht nur aus den DNR-Mitgliedsverbänden, sondern auch aus kirchlichen und Entwicklungsorganisationen, Sozialverbänden, Stiftungen und Wissenschaftsorganisationen. Dabei haben wir festgestellt: Es braucht Anknüpfungspunkte, die uns dabei unterstützen, mit der Veränderung in der eigenen Organisation und der eigenen Arbeit zu beginnen.

Eine weitere positive Feststellung bei unserer Arbeit war: Es gibt diese Anknüpfungspunkte. Und davon nicht wenige. Es ist gut zu sehen, wie viele Akteure und Zusammenhänge bereits an der Transformation arbeiten und wunderbare, brauchbare Ergebnisse produziert haben: Beispielsweise Modelle zum Transformationsprozess, reale Netzwerke

für Austausch und Zusammenarbeit und zudem konkrete Politikvorschläge. Mit diesen lässt sich bereits sehr gut zur Tat schreiten. Außerdem greifen wir Beispiele aus der bestehenden Praxis auf und heben erfolgreiche Strategien einzelner Organisationen hervor, um sie für die Bewegung nutzbar zu machen.

Wir sind dabei bewusst kaum auf spezifische Inhalte in bestimmten Bereichen eingegangen – wie die Landwirtschafts- oder Energiewende. Denn zu all diesen Themen sind die entsprechenden Mitarbeiter*innen letztlich die Expert*innen in ihren Arbeitsbereichen. Eher geht es darum, erste Schritte in einer Auseinandersetzung mit unserem Wirtschaftsmodell anzustoßen und Wachstumskritik zu üben. Zum einen auf grundsätzlicher Ebene. Denn Postwachstums- und Suffizienzpolitiken werden es schwer haben, wenn sie dazu beitragen, dass Wachstum gemindert wird, solange der Mythos nur permanentes Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) schaffe Wohlstand für alle, erhalten bleibt. Zum anderen müssen natürlich Ideen und Forderungen formuliert werden, die ganz konkret schon heute dazu beitragen, die Gesellschaft vom Wachstumszwang unabhängig zu machen.

Eines ist dabei zentral: Es sollte eine Eigenmotivation bestehen, weiterzumachen. Die Publikation versucht nicht, die Wachstumskritik in all ihren Facetten zu erklären oder die möglichen Alternativen komplett auszubuchstabieren. Dafür ist das Thema zu groß. Und vor allem: Dafür gibt es schon zu viele gute Analysen und Beschreibungen. Wir wollen nicht bereits Bestehendes reproduzieren, sondern einen Überblick bieten. Die Broschüre kann so zum einen als Kompendium gesehen werden, als Weiterleitung an die Orte, an denen man sich im nächsten Schritt informieren kann. Zum zweiten enthält sie Orte der Vernetzung und Praxisbeispiele, um vor allem auch Mut zu machen, indem sie aufzeigt wer, wo und wie schon alles begonnen hat.

THERESA KLOSTERMEYER
HAUKE EBERT
ELENA HOFMANN

DNR Projekt-Team „Lust auf Zukunft“



TRANSFORMATION IN DEN UMWELT- ORGANISATIONEN

KREIS FÜR

DER NOTWENDIGE WANDEL IN UNSERER ARBEIT

WARUM ÜBERHAUPT WIR UMWELT-ORGANISATIONEN?

Ob es um den Schutz der Natur oder den Kampf für eine gesunde, lebenswerte und auch schöne Umwelt geht: Letztlich wird bei der Analyse der Wurzeln all dieser Probleme immer wieder klar, dass das Wirtschafts- und Zivilisationsmodell der frühindustrialisierten Länder die Schwierigkeiten überhaupt erst verursacht. Dass es also die Themen, an denen wir arbeiten, überhaupt erst schafft. Ob Naturschutz, Umweltschutz oder Tierschutz, die logische Kette zwischen Wirtschaftswachstum und dem Thema der jeweiligen Organisation ist in der Regel schnell gefunden: Warum müssen all die Straßen gebaut werden, die im aktuellen, von den Umweltorganisationen massiv kritisierten Bundesverkehrswegeplan zu finden sind? Wie hängt dieser Straßenbau und der gesamte Infrastrukturausbau an sich mit der Zerstörung des Lebensraumes der von uns geschützten Arten zusammen? Warum muss beispielsweise die Elbe überhaupt verbreitert werden? Warum sind diese schon jetzt absurd riesigen Überseetanker, die nun noch größer werden sollen, nötig? Warum arbeiten wir als Umweltverbände mit viel Mühe und Kapazitäten beispielsweise ein Luftverkehrskonzept aus, um dann zu erfahren, dass das einzige Credo im neuen Luftverkehrskonzept der Bunderegierung ist, die Anteile am weltweiten Flugverkehr zu erweitern? – Warum sind die von uns vorgebrachten Argumente für unsere Ziele also anscheinend nicht relevant genug?

Die Liste der Fragen, in denen die Zusammenhänge zwischen unserem Wirtschaftssystem und Zivilisationsmodell auf der einen und den von uns Umweltaktivist*innen bearbeiteten Themen auf der anderen Seite deutlich werden, ließe sich lange weiterführen. Es scheint, als arbeiten wir gegen eine Mauer und versuchten, beständig kleine Löcher zu schlagen, statt die Wand an sich einzureißen.

Wir würden unsere Spielräume für Umweltpolitik massiv erweitern, wenn wir uns mit dem die Probleme schaffenden Wirtschaftsmodell befassen würden. Dazu gehört die vermeintliche Alternativlosigkeit des kapitalistischen Wachstumsmodells und die angeblich von ihm produzierten Vorteile infrage zu stellen. Es geht dabei auch darum, die Stärke einflussreicher Ressorts zu reduzieren und die Argumente der den Umweltpolitiken entgegenstehenden Lobby zu schwächen. Also den Möglichkeitsraum dafür zu erweitern, unsere Arbeit überhaupt machen zu können.

01

„WENN POLITIK UND ZIVILGESELLSCHAFT WIE KANINCHEN VOR DER SCHLANGE AUSSCHLIESSLICH AUF DIE BEWAHRUNG EINES FRAGILER WERDENDEN STATUS QUO FIXIERT SIND, VERLIEREN SIE DIE FÄHIGKEIT SICH AUF EIN ANDERES ZIEL ZUZUBEWEGEN.“ HARALD WELZER

WAS MACHT DEN UNTERSCHIED?

Die sozial-ökologische Transformation verstehen wir als Weg in eine solidarische, nachhaltige Gesellschaft mit einem Fokus auf die Bedürfnisse und die Lebensqualität aller Menschen. Dies schließt auch die Bedürfnisse zukünftiger Generationen ein. Zentral ist dabei, die ökologische Frage konsequent entlang der planetaren Grenzen zu denken (siehe Seite 4/5). Beschäftigt man sich mit dieser Herausforderung, wird eine Einsicht immer wieder deutlich: Offensichtlich gelingt es nicht, durch kleinschrittige Verbesserungen die Probleme zu bewältigen, die den Planeten Erde – zumindest für die Spezies Mensch – bewohnbar erhalten würden. Immer mehr Akteure der Zivilgesellschaft sehen das auf Wachstumszwang und Konkurrenz basierende Wirtschaftssystem als Ursache der weltweiten ökologischen sowie sozialen Krisen. Die Überzeugung, dass weiteres Wirtschaftswachstum der reichen Länder kein gutes Leben ermöglicht, sondern diesem entgegensteht, breitet sich immer mehr aus. Denn Analysen zeigen, dass vom Wachstum vor allem die Reichsten profitieren, während es gleichzeitig die ökologischen Grenzen des Planeten massiv überschreitet und krasse Armut und Ausgrenzung schafft.

DAS WACHSTUM UND DIE ÖKOLOGISCHEN GRENZEN

Die Wachstumsdebatte besagt nicht, dass es kein Wachstum mehr geben darf. Gerade Infrastrukturen, die solidarische, öffentliche Mobilität für alle und ökologisch tragbaren Transport ermöglichen oder der ökologische Landbau sollten in ihrem Ausbau unterstützt werden. Zudem muss beispielsweise die Stärkung des öffentlichen Wohnungsbaus und der dezentralen Energiewende angekurbelt werden. Wachstum nur um des Wachstums willen, wie die Ausrichtung der Politik am BIP suggeriert, ist jedoch nicht sinnvoll. Nicht einmal die Erfinder des BIP in den 1930er-Jahren verstanden es als geeignete Messgröße für nationalen Wohlstand. Selbst Ökonom*innen und internationale Organisationen arbeiten schon lange an besseren Wohlstandsindikatoren. Denn die Fixierung auf das BIP drängt die ökologischen und sozialen Folgekosten von Wachstum an den Rand des gesellschaftlichen Bewusstseins.

Vor allem steht für die Umweltverbände natürlich die ökologische Frage im Vordergrund. Wirtschaftswachstum bedeutet Ressourcenverbrauch und Emissionen. Dass Maßnahmen für Effizienz und Konsistenz wichtige Teilbereiche der Transformation unserer Produktions- und Konsumweisen sind, ist dabei klar und soll hier nicht infrage gestellt werden. Die Idee einer Entkopplung, also die Vorstellung, dass Wachstum und Ressourcenverbrauch voneinander unabhängig gemacht werden können, muss jedoch verworfen werden.

Bei der relativen Entkopplung geht es um den Ansatz, dass sowohl BIP als auch Naturverbrauch – das heißt der Ge- und Verbrauch von Energie, Ressourcen, Fläche sowie der Verschleiß von Senkenkapazitäten wie etwa der klimaverträglichen Aufnahmefähigkeit von Kohlendioxid in der Atmosphäre – weiter anwachsen, aber der Naturverbrauch immerhin langsamer zunimmt als das BIP. Zwar hat es in diesem Feld tatsächlich zahlenmäßige Erfolge gegeben, dies lässt sich aber vor allem dadurch erklären, dass ressourcen- und emissionsintensive Produktionen ins Ausland verlagert wurden. Insgesamt lässt sich feststellen, dass Reduktionen vor allem ökonomisch bedingt waren und weniger durch politische Strategien oder technologische Entwicklungen erzielt wurden. Im Bereich Klimaschutz beispielsweise trug der Niedergang der Industrien der ehemaligen Sowjetunion nach der Wende 1990 maßgeblich dazu bei, Treibhausgase zu reduzieren. So zum Beispiel Kohlendioxid: „Ein Großteil der Reduktionen (111 Millionen Tonnen) fand hier

vor allem durch Betriebsstillegungen in den ersten fünf Jahren seit 1990 statt“ (S. 11). So steht es im Indikatorenbericht aus dem Jahr 2012 des Statistischen Bundesamts, der die Entwicklung der Ergebnisse der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie analysiert. Es handelt sich, laut der Zahlen des Berichtes, um fast die Hälfte des zwischen 1990 und 2009 reduzierten Kohlendioxidwertes (252,9 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent). Seit 2010 stiegen diese dann wieder an, schreibt der Bericht weiter. Nichtsdestotrotz bekommt der Indikator „Treibhausgase reduzieren“, der den Bereich Klimaschutz darstellen soll, im Bericht die Bestnote. Dass dies nicht aufgrund von Entkopplung oder Veränderung der Konsum- und Produktionsmuster in Deutschland erreicht wurde, sondern durch eine ökonomische Rezession, spielt dabei keine Rolle. So macht man Klimaschutzvorreiter.

02

„MYTH-BUSTER“ ZU BELIEBTESTEN PRO-WACHSTUMS-ARGUMENTEN WIE STANDORTWETTBEWERB, ARBEITSPLÄTZEN, SOZIALE SICHERUNG ETC. VOM KONZEPTWERK NEUE ÖKONOMIE — ROSALUX.DE/PUBLIKATION/ID/14854

ÜBER 50 PROZENT DER EFFIZIENZ- VORTEILE WERDEN LAUT SUFFIZI- ENZFORSCHUNG DURCH DEN RE- BOUND-EFFEKT „AUFGEFRESSEN“.

Matthias Schmelzer „Degrowth – Eine Alternative zum Wachstum“ Gastkommentar in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 25.10.2016

FUSSNOTE 1

Zudem reicht die Idee der relativen Entkopplung längst nicht aus, da ein absolutes Absinken an Energie- und Ressourcenverbrauch erforderlich ist. Eine relative Entkopplung für Industrieländer ist heute gar keine Option mehr. Obwohl die Idee der (technologisch und politisch erwirkten) absoluten Entkopplung bereits sehr lange existiert, gibt es bisher noch keine befriedigenden Ergebnisse. Im Gegenteil, mannigfaltige sogenannte Rebound-Effekte sind dafür verantwortlich, dass sich der Traum der absoluten Entkopplung nicht erfüllt. Rebound-Effekte sind Rückkopplungseffekte von Effizienzstrategien, zum Beispiel, wenn finanzielle Einsparungen beim Stromverbrauch erzielt werden und diese dann in einen zusätzlichen Flug nach Bali investiert werden. Ein weiteres Beispiel, das oft genutzt wird, ist das Auto. Durch ein effizienteres Auto sinken die Kosten pro gefahrenen Kilometer. Deswegen nutzen viele Verbraucher*innen ihr Auto öfter und fahren mehr Fahrzeugkilometer. Über 50 Prozent der Effizienzvorteile werden laut Suffizienzforschung durch den Rebound-Effekt „aufgefressen“. Der Forschung sind mittlerweile viele unterschiedliche Formen des Rebound-Effektes bekannt – psychologischer, finanzieller und struktureller Art.

Die mit der Entkopplungs-Fantasie verbundene Idee einer Grünen Ökonomie ist zudem im Hinblick auf die soziale und kulturelle Dimension unterkomplex. Die Grüne Ökonomie verspricht eine grüne industrielle Revolution, basierend auf grünem Wachstum, Effizienz und ressourcenschonender Produktion. An der Ausbeutung von Natur und Menschen, vor allem im Globalen Süden, wird sich dabei wenig ändern. ... *„wir leben nicht in einer Welt, in der iPhone-Chips aus dem Sand der Strände von San-Francisco gewonnen und von gut bezahlten Beschäftigten zu Handys weiterverarbeitet werden. Stattdessen braucht das Geschäftsmodell von Apple [und CO] seltene Erden, deren Abbau mit Verwüstung und Vertreibung einhergeht. Es treibt den Energieverbrauch der Informations- und Kommunikationstechnologien massiv [an ...] und basiert auf miserablen Arbeitsbedingungen und auf Ausbeutung.“*¹ Das gesellschaftliche Leitprinzip des „höher, schneller, weiter“ bedingt aber auch in den Industrieländern eine Sozialordnung der Konkurrenz und Ökonomisierung in allen Lebensbereichen. Soziale Beschleunigung, Überforderung und die Ausgrenzung vieler Menschen wird so drastisch verstärkt. Wenn dann zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Arbeitnehmer*innenrechte und Sozialsysteme ausgehöhlt werden, wird die gesamte Paradoxie des Wachstumssystems offensichtlich.

SOZIALES UND ÖKOLOGIE ZUSAMMEN-DENKEN

Grundsätzlich müssen Soziales und Ökologie in Zukunft als zwei Seiten einer Medaille zusammengedacht werden. In der Resolution des DNR ist zu lesen: *„Die auf kontinuierlichem Wachstum beruhende Politik, die eine immer ungerechtere Verteilung von Vermögen auch innerhalb Deutschlands hinnimmt, scheint auch in sozialer Hinsicht an ihre Grenzen zu geraten.“*

Um das Modell des stetigen Wachstums zu überwinden, muss die geballte Kraft der gemeinwohlorientierten Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Dafür müssen auch die negativen sozialen Implikationen des kapitalistischen Wachstumsmodells in den Blick genommen werden. Darum sollten auch die Umweltakteure ein Interesse an Forderungen zu Sozialpolitik und Gerechtigkeit haben. Strategisch betrachtet: Ohne gute Sozialpolitik und soziale Gerechtigkeit wird es keine konsequente Umweltpolitik geben.

Mit der Kritik am Wirtschaftssystem sind Fragen der Gerechtigkeit verbunden, da diejenigen Menschen, die am wenigsten zur Katastrophe beitragen, am meisten unter den Folgen zu leiden haben. Und dies gilt nicht nur auf globaler Ebene, wo bereits häufiger diskutiert wird, dass das wachstumszentrierte Wirtschaftsmodell der frühindustrialisierten Länder beziehungsweise das Zivilisationsmodell und die Lebensweisen der Bevölkerung des Globalen Nordens –² vor allem bezüglich des Klimawandels massive Schäden in den Ländern des Globalen Südens verursacht. Auch innerhalb der Gesellschaften wird deutlich, dass das aktuelle Wirtschaftssystem und mit ihm sein vermeintlich für Wohlstand sorgendes Wachstumsprinzip schon lange nur noch einer kleinen Gruppe von Menschen tatsächlich große Vorteile bringt. Von den Einkommengewinnen der letzten 25 Jahre haben de facto nur wenige profitiert. Die reichsten fünf Prozent der Menschheit haben sich die Hälfte des Einkommengewinns angeeignet. Inzwischen besitzen 62 Menschen so viel wie die Hälfte der Weltbevölkerung. Das neo-liberale kapitalistische Wachstumsmodell hat, nach Aussage der Jenaer Soziologin Silke van Dyk, zwar die Profitraten stabilisiert, nicht jedoch das BIP, noch hat es zu mehr Wohlstand der breiten Masse geführt.

Wir benutzen die Begriffe Globaler Süden und Globaler Norden, um die eurozentristische Unterscheidung und Hierarchisierung zwischen „Entwicklungsländern“ und „entwickelten Ländern“ nicht zu reproduzieren. Globaler Süden und Globaler Norden sind keine geographischen Bezeichnungen, sondern sollen die verschiedenen Positionen im globalen System beschreiben: Der Globale Süden ist politisch, gesellschaftlich und ökonomisch benachteiligt, der Globale Norden hingegen privilegiert. Es handelt sich somit nicht ausschließlich um eine Einteilung von Staaten. Native Americans und Aborigines oder illegalisierte Menschen sind beispielsweise Teil des Globalen Südens, auch wenn sie in Ländern wie den USA oder Australien leben. Gleichzeitig sind privilegierte Menschen, beispielsweise aus politisch oder wirtschaftlich herrschenden Klassen in Ländern des Globalen Südens, Teil des Globalen Nordens.

In vielen Studien konnte zudem gezeigt werden, dass der Nutzenzuwachs jedes weiteren Euro mit zunehmendem Wohlstand deutlich abnimmt, die gesamtgesellschaftlichen Kosten von Wachstum hingegen steigen. Ab einem bestimmten Einkommensniveau, welches die meisten Menschen in Westeuropa in den 1980er-Jahren erreicht haben, endet der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und gutem Leben: Trotz gesteigertem BIP stagniert die Lebenszufriedenheit – oder sie sinkt sogar. Ein wichtiger Grund dafür ist die zunehmende Ungleichheit. Denn ein Gefühl von Gerechtigkeit, Ausgleich und Gleichheit und ein gutes Sozialsystem sind kein natürliches Anhängsel des Wirtschaftswachstums, sondern das Ergebnis gesellschaftlicher Kämpfe und politischer Aushandlungsprozesse.

Aus ökologischer und aus sozialpolitischer Perspektive macht es also Sinn, die Wachstumsfixierung genau unter die Lupe zu nehmen.



STRATEGISCH BETRACHTET:
OHNE GUTE SOZIALPOLITIK UND
SOZIALE GERECHTIGKEIT WIRD
ES KEINE KONSEQUENTE UMWELT-
POLITIK GEBEN.



DIE WACHSTUMSRATEN IN DEN INDUSTRIELÄNDERN STAGNIEREN, WACHSTUM SCHAFFT SCHON HEUTE KAUM MEHR ARBEIT AUFGRUND VON PRODUKTIVITÄTSFORTSCHRITTEN.

Es müsste klargemacht werden, dass ohne das Diktat des permanenten BIP-Wachstums neue Spielräume geschaffen werden können, um beispielsweise viele der Entwicklungen der neoliberalen Agenda kritisch ins Visier zu nehmen. Als Voraussetzung für ein Gelingen ist hierbei an den alltäglichen Zumutungen der Menschen anzuknüpfen. Hier ist beispielsweise die wachsende Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse ein guter Ansatzpunkt. Innerhalb der Gewerkschaften werden Debatten rund um gute Arbeit immer virulenter. Wichtigstes politisches Argument gegen die Wachstumskritik ist häufig die Frage der Beschäftigung. Natürlich, die Existenzsicherung ist gesamtgesellschaftlich und individuell von absolut zentraler Bedeutung. Jedoch: Die Wachstumsraten in den Industrieländern stagnieren, Wachstum schafft schon heute kaum mehr Arbeit aufgrund von Produktivitätsfortschritten. Zur Minderung der Arbeitslosigkeit müsste die Wachstumsquote höher sein als der Produktivitätszuwachs. Ganz zu schweigen von der Frage, ob die aktuelle Logik die Lage der Arbeitslosen verändern könnte. Um das irgendwie aus dem Auge verlorene Ziel durch wirtschaftliche Entwicklung tatsächlich alle Menschen in Arbeit zu bringen zu erreichen, müsste das BIP massiv steigen. *„Das BIP würde also, um Vollbeschäftigung zu ermöglichen, von heute [2010] 2,4 Billionen auf 2,7 Billionen Euro steigen müssen, was einem Wachstum von knapp 13 % entspräche.“*³

Es stellt sich die Frage, warum die Gewerkschaften nicht längst fordern, dass Beschäftigung und Wachstum voneinander unabhängig gemacht werden. Das gleiche gilt für viele andere Bereiche, wie die öffentlichen Haushalte, Rentensystem, Gesundheitssystem etc. Auch hier muss die Forderung an die Politik lauten, dass diese Felder sozialer Sicherung anders strukturiert werden müssen.

In Zukunft sollte für zivilgesellschaftliche Organisationen eine Auseinandersetzung mit grundlegenden Debatten über unser Wirtschaftssystem zur alltäglichen Arbeit gehören.

Diese Broschüre will mehr als nur Argumente rund um das Thema Wachstum liefern. Es soll Raum bleiben, um aus der Praxis zu berichten. Und natürlich haben sich an vielen Stellen Akteur*innen bereits intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt, worauf wir in der Broschüre immer wieder hinweisen. Es gibt gut lesbare Einstiegstexte zum Thema Wachstum, aber auch zu den Themen Rebound-Effekt und Grüne Ökonomie. In der Publikation „Kein Wachstum ist auch keine Lösung. Mythen und Behauptungen über Wirtschaftswachstum und Degrowth“ des Konzeptwerks Neue Ökonomie beispielsweise, wird wunderbar knapp und einfach erklärt, warum Argumente für Wirtschaftswachstum wie Wirtschaftsstandort, Eurokrise, Arbeitsmarkt und Sozialsysteme und viele weitere beliebte Behauptungen längst mehr als fragwürdig oder gar widerlegt sind. Nicht zuletzt die MOVUM – Briefe zur Transformation, unter anderem vom DNR zusammen mit weiteren Umweltorganisationen herausgegeben, ist eine wichtige Quelle, um mehr über umwelt- und naturschutzrelevante Themen aus gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Perspektive zu erfahren. Für Links zu diesen und weiteren Veröffentlichungen siehe Kasten auf Seite 17 und 29.

Norbert Reuter (2010) „Der Arbeitsmarkt im Spannungsfeld von Wachstum, Ökologie und Verteilung“
In: Irmi Seidl und Angelika Zahrnt
Postwachstumsgesellschaft. S. 93

FUSSNOTE 3

MITSTREITER*INNEN GEWINNEN – GEMEINSAMKEITEN SUCHEN

Die Debatten bieten Möglichkeiten mit Partner*innen aus anderen gesellschaftlichen Feldern zusammenzukommen und die gemeinsamen Problemgrundlagen zu analysieren. Mögliche gemeinsame Wege tauchten schon in den vorangegangenen Texten immer wieder auf: Wie kann beispielsweise die Debatte um Wachstum und Arbeitsmarkt sinnvoll geführt werden? Wie gesagt: Betrachtet man aktuelle und erst recht zukünftige Wachstumsraten, stellt sich die Frage, warum die Gewerkschaften nicht längst dafür plädieren, den Arbeitsmarkt unabhängig – oder zumindest unabhängiger – von Wachstum zu gestalten. Auch in den Gewerkschaften gibt es Diskurse zum Thema gute Arbeit. Diese Debatte oder auch die Frage nach der Verteilung von Arbeit und damit nach Arbeitszeitverkürzung, könnten interessante Schnittmengen enthalten. Denn die Themen Arbeitszeitverkürzung und die Verlagerung der Steuerlast von Arbeit auf Ressourcenverbrauch sind auch aus ökologischer Sicht und aus der Postwachstumsperspektive relevant.

Möglich wäre es auch, gemeinsam aus sozial und ökologisch motivierter Perspektive Debatten über neoliberale Politiken, die zu mehr Wachstum führen sollten, auszutauschen. Immer deutlicher wird, dass Deregulierung und Privatisierung sowohl für Sozialakteure als auch für Umweltakteure und ihre jeweiligen Ziele zumeist von großem Nachteil sind. Ob es sich nun um den Kampf gegen die Privatisierung und Ökonomisierung des Gesundheitswesens handelt oder um monopolisierte Energieversorgung. Hinter diesen Problemlagen stecken die gleichen Verursachungsmechanismen. Neoliberalismus, die Deregulierung der Finanzmärkte, die Abwicklung des Sozialstaates und die massive Erweiterung prekärer Beschäftigungsverhältnisse – all dies sind Entwicklungen, die dazu dienen, die Wachstumsmaschine am Laufen zu halten.

ÖKUMENISCHER PROZESS
(KIRCHLICHER AKTEUR, DER
INTERESSANT IST ZU DEM
THEMA)

—UMKEHR-ZUM-LEBEN.DE—

05

MITSTREITER GEWERK-
SCHAFTEN: IG-METALL UM-
FRAGE ZEIGT, 680.000 BE-
SCHÄFTIGTE WOLLEN EINE
ANDERE ARBEITSZEITPOLITIK:
—WBCA.ST/0IXCEW—

Diese Gemeinsamkeiten gilt es, aufzudecken und öffentlich wirksam zu machen. Eine gemeinsame Lobby zu bilden, so wie es bei den Protesten gegen das Freihandelsabkommen TTIP an vielen Stellen gelungen ist. Es existiert ein weit verbreitetes Unbehagen am gegenwärtigen Wirtschaftssystem. Diese Tatsache bietet eine große Chance, gemeinsam mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft einige grundlegende Fragen aufzuwerfen. Wie kann eine Gesellschaft ohne Wachstum aussehen? Wie kann eine solidarische Wirtschaft aussehen? Wie können wachstumsunabhängige Sozialsysteme aussehen? Auch sozialpolitische Fragen in rein materieller Hinsicht sollten uns in Zukunft interessieren. Massive Umverteilung und eine gerechte Steuerpolitik, solidarische, öffentliche Dienstleistungen und Infrastrukturen müssen mitgedacht werden, wenn wir uns vom selbstzerstörerischen Erhalt unseres Systems ablösen wollen.

POLITIK IN DIE MITWIRKUNGSPFLICHT NEHMEN

Es muss natürlich überlegt werden, wie die Sicherung der Sozialsysteme, der Alterssicherung etc. in Zukunft gelöst wird. Auch hierzu haben Akteure der Zivilgesellschaft, Aktivist*innen und Wissenschaftler*innen sich bereits grundlegende Gedanken gemacht. Uns hat die Auseinandersetzung mit dieser Herausforderung jedoch darüber hinaus immer wieder zu der Frage gebracht: Wieso soll eigentlich die Zivilgesellschaft diese Fragen ganz allein beantworten? In Zeiten abnehmender Wachstumsraten als natürliches Phänomen in allen frühindustrialisierten Gesellschaften sollte die Politik in die Pflicht genommen werden, sich dieser Fragen anzunehmen. Es müssten beispielsweise die Unabhängigkeit von Wachstum und Sozialsystemen oder auch die Entkopplung von Arbeitsmarkt und Wachstum untersucht werden. Wenn jährlich Milliarden für eine Hightech-Strategie im Forschungsbereich bereitgestellt werden, warum dann nicht fordern, dass auch für diese Fragen Geld in die Hand genommen wird?

04

DEN MUT AUFBRINGEN, SICH NEUEM ZUZUWENDEN

Der nächste Schritt stellt sich klar und deutlich dar als entschlossene Öffnung für Themen, die heikel sind: Keine Frage, es ist ein schmerzhafter Prozess, der dazu führen wird, dass die Zivilgesellschaft und damit auch die Umweltverbände den Mainstream infrage stellen und sich gesellschaftspolitischen und vor allem wirtschaftspolitischen Grundsatzdebatten zuwenden müssen, die zum Teil als Tabu erscheinen. Dass dies jedoch ein bereits überholtes Tabu ist, legen wir im Exkurs auf den Seiten 31/32 kurz dar.

Die Umweltorganisationen müssen den Mut finden, sich mit Themenbereichen zu beschäftigen, bei denen sie zum Teil noch nicht mit der weitreichendsten Expertise, mit fertigen Politikvorschlägen oder Strategiepapieren für die nächste Bundestagswahl auftreten können. Sie müssen sich auf Diskussionen einlassen, die neu sind. Es muss mehr Expertise entwickelt werden zu wirtschaftswissenschaftlichen Fragen. Darum sollten in zivilgesellschaftlichen Organisationen in Zukunft unbedingt Stellen für Wirtschaftswissenschaftler*innen geschaffen werden. Das Netzwerk Plurale Ökonomik beispielsweise versammelt viele junge aktive Menschen, die sowohl das entsprechende wirtschaftswissenschaftliche Wissen haben als auch den Wunsch nach einer tiefgreifenden Transformation des Wirtschaftssystems teilen.

Mut bedeutet auch, dass wir mit unseren Mitgliedern in einen Austausch kommen und Wege finden müssen, diese großen Themen aufzubereiten und für alle verständlich darzustellen. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Umweltbewegung durch eine Öffnung für diese Themen neue Mitglieder hinzugewinnt, ist dabei groß. Das zeigen die Bewegungen rund um die Wachstumskritik und die tiefgreifenden, weitverbreiteten Vorbehalte gegenüber dem Wirtschaftssystem, nicht zuletzt entlang der riesigen TTIP-Protteste, sehr deutlich. Für eine Verjüngung der Mitgliedschaft könnte eine Hinwendung zu diesen Themen sogar sehr hilfreich sein. Der Text des BUND auf Seite 26 zeigt deutlich auf, dass die Beschäftigung mit den Themen Suffizienz und Postwachstum auch für die Weiterentwicklung des Verbands und die Attraktivität für junge neue Mitglieder von großer Bedeutung ist.

Natürlich fragen wir uns auch: Was passiert mit Fördergeldern? Werden wir von Akteur XY weiter gefördert? Wie gehen wir mit unseren Finanzen um? Wo können wir uns unabhängiger machen? Auf diese Fragen gibt es wahrscheinlich noch keine befriedigenden Antworten. Am Beispiel von Greenpeace auf Seite 27 zeigt sich jedoch, dass sich ein direkter Austausch mit Förderer*innen und Mitgliedern sehr lohnen kann. Schafft die Zivilgesellschaft den Schritt, die Thematik stärker in die politische Debatte zu tragen und Politik und zum Teil auch Wirtschaftsakteure von ihrer Notwendigkeit zu überzeugen, wird es zudem vielleicht langfristig auch mehr Spielraum innerhalb der öffentlichen Förderung geben.

EINE NOTWENIGE BEDINGUNG FÜR DIESE VERÄNDERUNGEN SIND (ZEIT-)RÄUME DES INNEHALTENS.

Mut bedeutet in diesem Zusammenhang auch, dass wir unsere bisherige Arbeitsweise hinterfragen sollten: Arbeiten wir an den Wurzeln oder an den Symptomen? Inwiefern eignen sich die Kampagnenziele, die ganz konkrete Schäden in bestimmten Bereichen anprangern oder die Öffentlichkeitsarbeit, die sich für einen ganz bestimmten Zielwert in einer Debatte um ein spezielles Umweltgift drehen? Können unsere grundsätzlichen Strategien aus Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden, um tiefgreifende Missstände zu thematisieren? Kann man eine typische Öffentlichkeitskampagne nutzen, um infrage zu stellen, wie Wachstum und Arbeitsmarkt heute noch zusammenhängen? Oder die Diskussion um die Rolle des Marktes an sich anregen? Was wären das für Themen, die wir in Zukunft im Sinne des Allgemeinwohls lobbyieren sollten?

Eine notwendige Bedingung für diese Veränderungen sind (Zeit-)Räume des Innehaltens: Die Möglichkeit, im rasenden Alltag anzuhalten, sich Zeit zu nehmen für intensiven Austausch zu anderen Themen, um die eigenen Herangehensweisen zu hinterfragen und sich ein Vorgehen in der eigenen Organisation zu überlegen.

IN ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN ORGANISATIONEN SOLLTEN IN ZUKUNFT UNBEDINGT STELLEN FÜR WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLER*INNEN GESCHAFFEN WERDEN.

06

2015 HABEN SICH 20 MITARBEITER*INNEN AUS NROs AUF EINE LERNREISE ZUR UMSETZUNG VON TRANSFORMATION IN IHREN ORGANISATIONEN BEGEBEN:
— [SMART-CSOS.ORG/IMAGES/BERLIN_SMARTCSOS_LAB-REISEBERICHT.PDF](https://smart-csos.org/images/Berlin_SmartCSOS_Lab-Reisebericht.pdf)—

LE MONDE diplomatique und Kolleg Postwachstumsgesellschaft (2015) **ATLAS DER GLOBALISIERUNG. WENIGER WIRD MEHR** Sehr schöner Überblick über die gesamte Wachstumsdebatte in kurzen Artikeln.

ONLINE-KALENDER mit allen Terminen zum Thema Wachstum und sozial-ökologische Transformation
— degrowth.info/de/kalender—

Eine wirklich umfassende **SAMMLUNG AN MEDIEN ZUM THEMA WACHSTUM** — degrowth.de/de/mediathek—

Heinrich Böll Stiftung (2015) **9 THESEN ZUR KRITIK DER GRÜNEN ÖKONOMIE** — boell.de/de/2015/11/05/9-thesen-zur-kritik-der-gruenen-oekonomie—

Einführung (auch für Laien) in **PARADIGMEN UND FUNKTIONSWEISEN DES AKTUELLEN WIRTSCHAFTSSYSTEMS** und in viele alternative ökonomische Theorien. — plurale-oekonomik.de— und — exploring-economics.org—

SMART CSOs (Smart Civil Society) Netzwerk REIMAGINING ACTIVISM. A PRACTICAL GUIDE FOR THE GREAT TRANSITION Handbuch mit Tipps, sowohl inhaltlicher Art, als auch prozesshafter Art zu Fragen wie „Welchen eigenen Zugang und Beitrag zur Transformation kann unserer Organisation leisten?“ „Wie kann ich vorgehen, um das Thema bei uns anzubringen?“. — smart-csos.org—

Matthias Schmelzer und Alexis Passadakis (2011) Hamburg. VSA **POSTWACHSTUM** Eine gute Einführung in die Wachstumskritik.

Angelika Zahrt und Irmi Seidl (2010) Marburg. Metropolis **POSTWACHSTUMSGESELLSCHAFT. KONZEPTE FÜR DIE ZUKUNFT** Einige Vorschläge wie Gesellschaftsbereiche wachstumsunabhängig werden könnten. Auch online: — postwachstum.de/mehr-zum-thema/buch-postwachstumsgesellschaft/inhalt-des-buchs—



WERKZEUGKASTEN DES WANDELS

PROJEKTWEBSEITE: LANDKARTE DER TRANSFORMATION

Auf unserer Projektwebseite probieren wir, unterschiedliche Zugänge für einen Ein- oder Überblick in die Welt der Transformation – wie wir sie verstehen: emanzipatorisch, entschleunigt, gerecht, wachstumsunabhängig – zu geben. Also Tools und Quellen, Akteure und Projekte zu benennen, die sich der sozial-ökologischen Transformation verschrieben haben, zum Weiterklicken.

Neben Sammlungen von Publikationen, Newslettern, Netzwerken oder Blogs stellen wir verschiedene Akteure und Projekte der sozial-ökologischen Transformation vor – zum Beispiel aus sozialen Bewegungen, der Wissenschaft oder der Wirtschaft, von Organisationen und Verbänden. Auch die DNR-Mitgliedsorganisationen und ihre Arbeit zum Thema werden vorgestellt. Außerdem sammeln wir auf der Webseite ganz konkrete Vorschläge für Politikmaßnahmen: Was muss politisch getan werden, damit Suffizienz und nachhaltige Lebensweisen möglich werden? Was muss geschehen, damit unsere Wirtschaft und Gesellschaft unabhängig wird vom Wachstum, „erwachsen“ wird oder an einigen Stellen sogar gezielt weniger wächst als zuvor? Wir wünschen viel Spaß beim Stöbern und Durchklicken!

01

— DNR.DE/SOZIAL-
OEKOLOGISCHE-
TRANSFORMATION —

TRANSFORMATIVE MODELLE AM BEISPIEL DES SMART CSOs LAB

Der Wandel kommt nicht von heute auf morgen und er spielt sich im komplexen System der unterschiedlichen gesellschaftlichen Felder ab. Dabei kann man schnell den Überblick verlieren. Es gibt hilfreiche Modelle und Theorien, die den Wandel von Strukturen, Systemen und Organisationen, aber auch von Gruppen und Individuen untersucht haben. Exemplarisch stellen wir hier das Modell des Smart CSOs Labs vor. Auf der Projektseite der DNR-Homepage werden jedoch sortiert und aufbereitet weitere Modelle und Theorien zur Transformation von Gesellschaften und auch zur „inneren Transformation“ dargestellt.

VIEL MEHR ZU MODELLEN,
METHODEN UND THEORIEN
AUCH AUF DER DNR-PROJEKT-
SEITE — [DNR.DE/SOZIAL-
OEKOLOGISCHE-TRANSFOR-
MATION/INFO-QUELLEN/
ANLEITUNGEN-METHODEN](https://dnr.de/sozial-
oekologische-transfor-
mation/info-quellen/
anleitungen-methoden) —

01

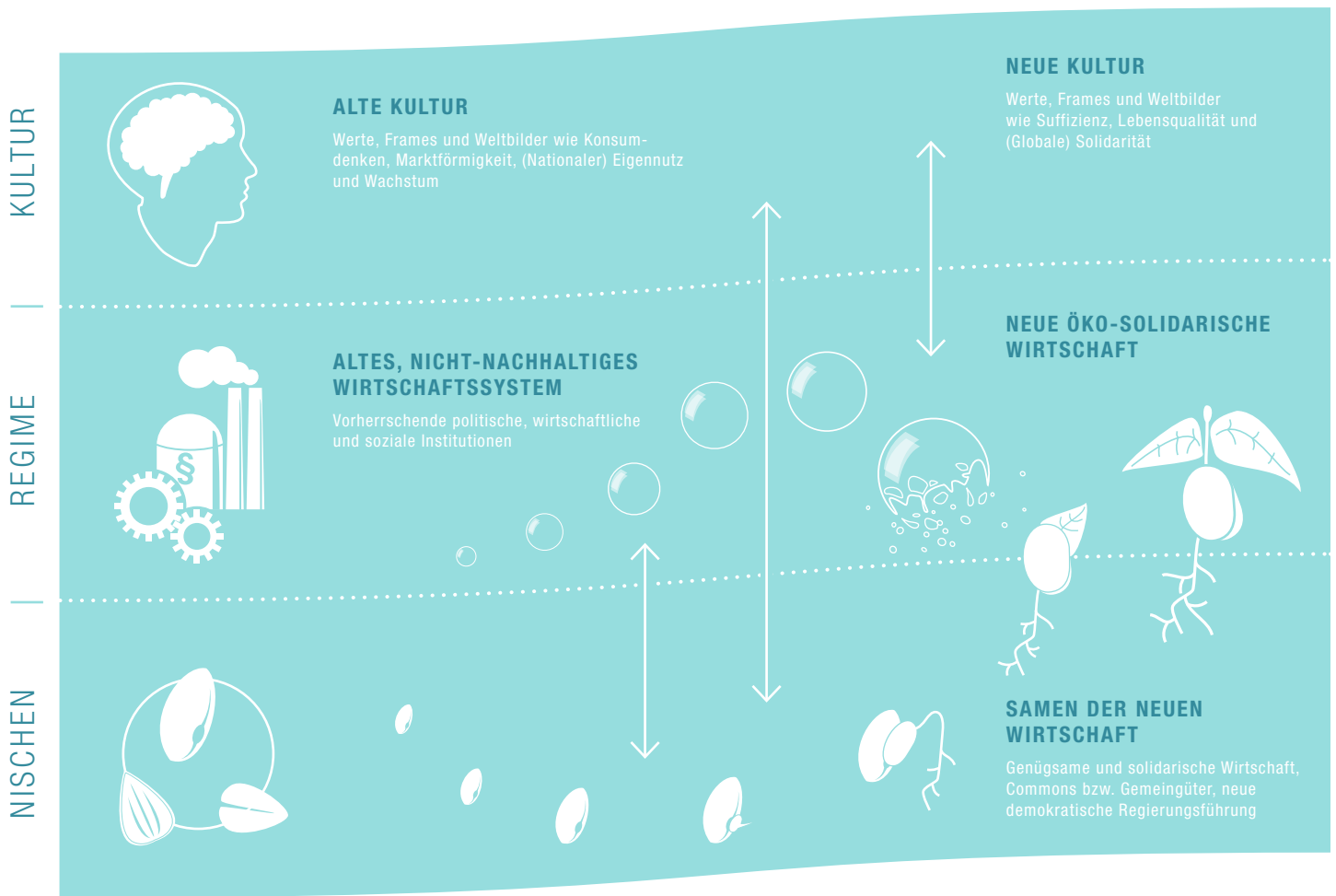
DIE DREI EBENEN DES TRANSFORMATIVEN WANDELS

Umweltverbände, die langfristig glaubwürdig bleiben wollen, müssen sich über die akute Problemlösung und über das politische Tagesgeschäft hinaus damit beschäftigen, wie sie einen Beitrag in Richtung eines lebensdienlichen Wirtschaftsmodells leisten können, das ohne zerstörerische Wachstumslogik funktioniert.

Dies erfordert eine systemische Herangehensweise sowie eine konsequente Auseinandersetzung damit, wie ein grundlegender Systemwandel unterstützt werden kann, der nicht auf der Ebene der Krisensymptome ansetzt, sondern das Gesamtsystem in den Blick nimmt, das die Krise hervorbringt.

Mit dieser Fragestellung setzt sich das Smart CSOs Lab auseinander, ein Netzwerk von Aktivist*innen und Wissenschaftler*innen, die die Entwicklung von wirksamen zivilgesellschaftlichen Strategien für einen systemischen Wandel zum Ziel haben.

Das Smart CSOs Lab arbeitet mit einem Drei-Ebenen-Modell (siehe Grafik) für systemischen gesellschaftlichen Wandel. In diesem Modell befinden sich die drei Ebenen Kultur, Regime und Nischen in einem dynamischen Wirkungszusammenhang. Das Modell hilft als Werkzeug des systemischen Denkens dabei, zu prüfen, wie eine zivilgesellschaftliche Strategie oder Kampagne auf den jeweiligen drei Ebenen wirkt und ob sie dabei den Wandel auf einer anderen Ebene hemmt oder bestärkt.



DIE DREI EBENEN LASSEN SICH FOLGEN- DERMASSEN BESCHREIBEN:

Kultur: Es gilt zu beachten, dass Strategien und Kommunikation nicht systemstabilisierende Werte wie Wachstum, Konsumdenken und Eigennutz reproduzieren, sondern Werte wie Suffizienz, Gemeinschaftlichkeit und Solidarität stärken. Aus der kognitiv-linguistischen Forschung wissen wir, dass der gezielte Einsatz von wertebasierter Kommunikation und Sprache das gesellschaftliche Denken und die gesellschaftlichen Werte beeinflussen kann.

Regime: Alternative Institutionen eines neuen Systems entstehen erst allmählich und entwickeln sich zunächst in den Nischen. Bei der Strategieentwicklung für Kampagnen auf der institutionellen Ebene sollte der längerfristige systemische Wandel als Ziel mitberücksichtigt werden. Politische Forderungen sollten in neue sinnstiftende Narrative (siehe Kultur) eingebettet werden, um eine Stärkung nicht-zukunftsfähiger Institutionen und Denkmuster zu vermeiden.

Nischen: Die Modelle solidarischen und genügsamen Lebens, Arbeitens und Wirtschaftens werden in vielfältigen, dezentralen Initiativen experimentell erprobt. Damit aus diesen sozialen Innovationen ein neues System entstehen kann, gilt es, die Pioniere des Wandels zu entdecken und zu benennen, sie miteinander zu vernetzen, sie durch Erfahrungsaustausch und gemeinsame Lernräume zu stärken sowie sie in der breiten Öffentlichkeit als inspirierende, praktizierbare alternative Lebensweisen sichtbar zu machen.

MICHA NARBERHAUS

Convenor Smart CSOs Lab

VERNETZUNG ZUM THEMA WACHSTUMSKRITIK

Wir haben bei unserer Arbeit festgestellt, dass die hier beschriebenen Prozesse am besten funktionieren, wenn man sie nicht allein angeht. Es braucht Verbündete, mit denen man sich ehrlich und authentisch austauschen kann, ohne in klassisches Konkurrenzdenken zu verfallen. Zudem benötigen wir in Zukunft wirkmächtige Bündnisse, um Ideen und Initiativen zu verbreiten und politische Forderungen durchzusetzen. Verschiedene Netzwerke haben sich dieser Herausforderungen angenommen. Akteur*innen aus unterschiedlichsten zivilgesellschaftlichen Bereichen – Umwelt, Gewerkschaften, Kirche, Forschung etc. – tauschen sich aus, um das Querschnittsthema sozial-ökologische Transformation vor allem entlang der Wachstumsdebatte anzupacken.

DAS NETZWERK “ZIVILE ENQUETE WACHSTUM, WOHL- STAND, LEBENSQUALITÄT”

Die Zivile Enquete ist ein Netzwerk aus Vertreter*innen politischer, zivilgesellschaftlicher und wissenschaftlicher Organisationen aus Deutschland und Österreich, das sich in vierteljährlichen Abständen in Berlin trifft. Die Zivile Enquete bietet einen neuartigen Raum des Austauschs und der Koordination gemeinsamer Aktivitäten. Sie soll eine Plattform bieten für die Postwachstumsdebatte und den Austausch zu notwendigen Veränderungen.

Konstituiert hat sich das Netzwerk während der 4. Internationalen Degrowth-Konferenz 2014 in Leipzig, im Nachgang der kritischen Begleitung und teilweise Mitarbeit an der vorangegangenen Enquete-Kommission des Bundestages »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« (2010 bis 2013). Prof. Dr. Hermann Ott war Mitglied dieser Enquete-Kommission (damals als Abgeordneter für Bündnis 90/Die Grünen) und hat das Netzwerk ins Leben gerufen, getreu dem Motto »Wenn’s die Politik nicht macht, muss man es halt selber machen«. Das Netzwerk umfasst Vertreter*innen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, sozialen Bewegungen, Politik, Medien und Wissenschaft (unter anderem Vertreter*innen aus Umweltorganisationen, Gewerkschaften, Bundestagsfraktionen verschiedener Parteien, politischen Stiftungen, Forschungsinstituten) sowie wachstumskritische Multiplikator*innen. Ziel ist die Etablierung einer politischen Plattform als Knotenpunkt der

01

„BEST OF ENQUETE“. RELEVANTE AUSZÜGE DES ENQUETE BERICHTES (844 SEITEN) IN EINER ZUSAMMENFASSUNG — HERMANN-E-OTT. [DE/CMS/WP-CONTENT/UPLOADS/2015/04/BEST_OF_ENQUETE_BERICHT.PDF](https://cms.wp-content/uploads/2015/04/best_of_enquete_bericht.pdf)

wachstumskritischen Debatte im deutschsprachigen Raum und als gemeinsamer Nährboden für entsprechende Projekte. Die Vernetzung und der Dialog inner- und außerhalb wachstumskritischer Kreise soll befördert werden. Politische Praktiken und Diskurse werden beobachtet und hinterfragt. Dabei fungiert das Netzwerk als Bindeglied zwischen zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Initiativen für einen sozial-ökologischen Umbau einerseits und der Ebene der parlamentarischen Politik und der Verwaltung andererseits. Zwischen September 2014 und September 2017 fanden insgesamt elf Netzwerktreffen in Berlin statt. Die Treffen werden von verschiedenen Projektpartnern reihum ausgerichtet. Es nehmen durchschnittlich zwischen 30 und 40 Personen an den Treffen teil. Insgesamt zählt das Netzwerk 150 Assoziierte. Mehr zum Netzwerk auf fokus-wachstumswende.de.

JANA HOLZ
MIRIAM BOSCHMANN

Koordinatorinnen Zivile Enquete

SMART CSOs NETZWERK

Das Smart CSOs Lab wurde mit seinem Modell der drei Ebenen der Transformation auf Seite 20 / 21 bereits erwähnt. Es ist ein internationales Netzwerk von Aktivist*innen und Wissenschaftler*innen, die die Entwicklung von wirksamen zivilgesellschaftlichen Strategien für einen systemischen Wandel zum Ziel haben.

Das Lab organisiert regelmäßig Workshops und Fortbildungen und begleitet Organisationen dabei, Realexperimente mit neuen transformativen Strategien durchzuführen.

BEI INTERESSE AM NETZ-
WERK IST EINE ANMELDUNG
FÜR DEN NEWSLETTER DES
SMART CSOs LABS UNTER
—SMART-CSOS.ORG/
NEWSLETTER— SINNVOLL.

02





GOOD PRACTICE AUS DEN UMWELT- ORGANISATIONEN

GRUNDSÄTZLICHE KRITIK EINIGER UMWELTORGANISATIONEN

Letztlich hat jede Organisation ihre ganz eigene Logik. Ob stärker top-down oder mehr basisdemokratisch, kampagnen- oder bildungsorientiert, über Mitglieder oder öffentlich finanziert, es gibt derart viele Unterschiede in der Organisationslandschaft, dass es keine Folie gibt, nach der man vorgehen kann, wenn man Wandel in der eigenen Organisation anstoßen möchte. Nichtsdestotrotz möchten wir hier einige inspirierende Beispiele anführen. Zum einen, um zu zeigen, dass Organisationen sich bereits auf den Weg machen, dass man nicht allein ist mit seinem Wunsch nach Veränderung und zum anderen, um Inspirationen zu geben, wie diese Akteure es angegangen sind. Was war der erste Schritt? Wer musste zuerst angesprochen und überzeugt werden? Wie wurde Wandel strategisch umgesetzt? – Sowas geht doch nur in Organisationen unter acht Mitarbeiter*innen?! Im Gegenteil! Im Folgenden finden Sie Beschreibungen, stellvertretend dargestellt von Kolleg*innen aus dem BUND, NABU und von Greenpeace, welches die ersten Schritte waren hin zu einem Wandel in der eigenen Organisation. Sie beziehen Stellung, warum sie sich den Themen Wirtschaftsmodell und Wachstum zugewendet haben und was das für ihre Organisation bedeutet.

DIE BEISPIELE BESCHREIBEN
PROZESSE UND ANSÄTZE,
DIE WEIT ÜBER EINZELNE
KLEINE PROJEKTE ZUM
THEMA KONSUMVERZICHT
HINAUSGEHEN. ES GEHT
UM DIE GRUNDSÄTZLICHEN
DEBATTEN, UM UNSER
WIRTSCHAFTS- UND GE-
SELLSCHAFTSMODELL.

01

DR. STEFFI OBER

Referentin für nachhaltige
Forschung und Innovation, NABU

ÖKONOMIE UND NATUR- SCHUTZ BEIM NABU

Für die Entwicklung und Umsetzung neuer Wohlfahrtskonzepte und die Transformation hin zu einer nachhaltigen Ökonomie, ist die Zivilgesellschaft als Treiber des Wandels gefragt. Ökologische und soziale Leitplanken sind untrennbar mit Werteentscheidungen verbunden, die einer gesellschaftlichen Aushandlung bedürfen. Der NABU wird deshalb verstärkt in politische Prozesse eingebunden wie in den Rat für Nachhaltige Entwicklung, eine neue Wissenschaftsplattform zur Begleitung der Sustainable Development Goals (SDGs) und viele weitere Gremien und Agendaprozesse.

Damit wir diese inhaltlich anspruchsvolle Herausforderung meistern können, ist es notwendig geworden, dass wir unsere guten Argumente für Natur- und Umweltschutz durch eine ökonomische Perspektive verstärken, unsere ökonomischen Kompetenzen ausbauen und die NABU-Themenschwerpunkte sowohl durch eine wirtschaftliche Problemanalyse als auch durch ökonomische Lösungsansätze ergänzen. Den Rahmen hierfür bildet eine Nachhaltigkeitsdebatte, die den Anspruch hat, soziokulturelle, ökonomische und ökologische Entwicklungsziele integriert zu betrachten. Dazu gehört neben der Kritik an dem vorherrschenden Wirtschaftsmodell zwingend auch ein neues Ökonomieverständnis in den Wirtschaftswissenschaften. Insbesondere in der Diskussion über die Bioökonomie wurde uns im Verband zunehmend klar, dass eine nachhaltige Bioökonomie unter dem Paradigma einer neoliberalen Ökonomie ein nicht zu lösender Widerspruch ist. Wachstum und Konkurrenz als wesentliche Triebkräfte für Forschung und Innovation lassen sich schlecht mit planetaren Grenzen und dem Erhalt der ökologischen wie sozialen Grenzen vereinbaren.

Um dieses neue und herausfordernde Thema im Verband sowohl im Haupt- als auch im Ehrenamt mit Leben füllen zu können, wurde ein Team Ökonomie und Forschungspolitik mit drei Kolleg*innen (Teilzeit) neu aufgestellt. Dazu gehören die Themenfelder Nachhaltige Forschung und Innovation, Ökosystemdienstleistungen sowie Bioökonomie. In einem ersten Schritt wurde ein Hintergrundpapier zu Nachhaltiger Ökonomie erstellt, das jetzt in den Gremien diskutiert wird. Das Verfahren steht noch am Anfang und wird einen längeren Prozess erfordern, damit wir im Verband ein gemeinsames Verständnis für ein notwendiges Umdenken und entsprechende Aktivitäten entwickeln können.

GUT LEBEN STATT VIEL HABEN: WACHSTUMSKRITIK UND SUFFIZIENZPOLITIK IM BUND

Die beiden Studien „Zukunftsfähiges Deutschland“ von 1996 und 2008 haben nicht nur deutliche Spuren in der deutschen Nachhaltigkeitsdebatte hinterlassen, sondern auch den BUND gewandelt: neben einem Umwelt- und Naturschutzverband ist er nun auch ein Nachhaltigkeitsverband. Slogans wie „Gut leben statt viel haben“ wurden dabei im Verband zum Leitmotiv.

Aktuell gibt es im BUND viele Aktivitäten, die die Grenzen des Wachstums thematisieren und politische Lösungen in Richtung Suffizienz voranbringen. Wie wahren wir die planetaren Grenzen, erhalten die natürlichen Lebensgrundlagen und ermöglichen ein Leben in Würde für alle Menschen weltweit? Wie kann die dafür in den Industrieländern erforderliche deutliche und vor allem absolute Reduktion unseres Ressourcen-, Energie- und Flächenverbrauchs gelingen – über Effizienz und technische Lösungen hinaus?

Die kontinuierliche Arbeit des BUND-Arbeitskreises Wirtschaft und Finanzen, Publikationen wie „Postwachstumsgesellschaft“ oder „Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik“ von Angelika Zahrnt u. a. sowie Veranstaltungen mit interessierten Mitgliedern zur Ökosteuer, zu verschiedenen Facetten einer Wachstumskritik, zu Postwachstum oder Suffizienz erneuern und erweitern bis heute beständig die Debatte innerhalb des Verbandes. So wurde beispielsweise 2015 ein Positionspapier für den BUND erarbeitet, welches sich der Wachstumsfrage stellte und bereits konkrete Forderungen an die Politik formulierte. — bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/nachhaltigkeit/nachhaltigkeit_enquete_kommission_stellungnahme.pdf —

BUND-Gremien wie die Delegiertenversammlung, der Vorstand und der Wissenschaftliche Beirat arbeiten daran, diese Fragen noch stärker im gesamten Verband zu verankern. Arbeitskreise und Fachreferate greifen die Themen mit Veranstaltungen und Veröffentlichungen auf, zu wirtschaftspolitischen Fragen, zum Abbau umweltschädlicher Subven-

tionen, zum Thema Energie sparen oder Abfall vermeiden. So soll die Perspektive langfristig zur Querschnittsperspektive, einem Mainstreaming gleichkommend, für fast alle Bereiche werden.

Transformation vor Ort: Kommunalen Zugang ist greifbar und erlebbar

Warum findet das Themenfeld „Nachhaltigkeit, Suffizienz, Postwachstum, Transformation“ – trotz der eher sperrigen Begriffe – so starke Resonanz im Verband? Vermutlich weil es einerseits „das große Ganze“ ins Visier nimmt und zugleich auf kommunaler und lokaler Ebene konkrete Lösungsansätze zu finden sind. Die Handlungsfelder reichen von der individuellen Handlungsebene, die den eigenen ressourcenschonenden Lebensstil betrifft, über BUND-Orts- und Jugendgruppen, die beispielsweise Umsonstläden, Repair-Cafes oder Stadtgärten initiieren bis hin zu politischer Lobby- und Kampagnenarbeit, um Strukturen und Rahmenbedingungen für gelebte Suffizienz zu schaffen. Veranstaltungen des Bundesverbands, die die kommunale Ebene adressierten, stießen immer wieder auf großes Interesse bei Landesverbänden und Kreis- und Ortsgruppen.

Sozial-ökologischer Wandel als Zukunftsthema

Wie sich besonders in der BUNDjugend zeigt, ist die Frage nach einem sozial-ökologischen Wandel von zentraler Bedeutung für junge Menschen. Dahinter steht die Erkenntnis, dass sich die aktuellen globalen und gesellschaftlichen Krisen nicht mehr allein aus einer monothematischen Perspektive lösen lassen. Vielseitige Aktivitäten des Jugendverbands wie die „Transformationsakademie“, Bildungsbroschüren, konsumkritische Stadtführungen, Kleidertauschpartys oder Aktionen zum Erdüberlastungstag zeigen, welchen Stellenwert die Themen Postwachstum und Suffizienz mittlerweile haben. Auch für die Weiterentwicklung des Verbandes und die Attraktivität für junge neue Mitglieder, ist das Thema also von großer Bedeutung.

CHRISTINE WENZL

Stabstelle Nachhaltigkeit, BUND

JENNY BLEKKER

Nachhaltigkeitskommunikation,
BUND

GREENPEACE UND DIE POSTWACHSTUMSDEBATTE

Warum will Greenpeace zu Postwachstum arbeiten?

Nach über 40 erfolgreichen Jahren stehen Greenpeace sowie die gesamte Umweltbewegung vor einem Dilemma: Pures Wachstum und Massenkonsum, zwei Gesichter der aktuellen Wirtschaftsweise, die von einer steigenden Weltbevölkerung als Leitbild übernommen werden, führen durch ihre aggressive Übernutzung natürlicher Ressourcen in immer dramatischere Umweltkrisen. Die ökologisch notwendige absolute Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum konnte trotz des wachsenden Umweltbewusstseins nicht annähernd erreicht werden. Deshalb sieht es Greenpeace als geboten, sich verstärkt mit den tiefer liegenden Ursachen zu beschäftigen.

Wie verlief die hierzu (neu) gestartete interne Debatte?

Die Auseinandersetzung mit Fragen des Wirtschaftens ist für Greenpeace nicht neu. Mit Publikationen wie beispielsweise

- „Wirtschaft ohne Wachstum? Denkanstöße, Handlungskonzepte, Strategien“, 1999 (Hrsg.: Greenpeace / Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) oder
 - einem Thesenpapier zum Erdgipfel in Rio „Eine neue Welt – nicht dasselbe in Grün!“, 2012: greenpeace.de/files/20120611-Greenpeace-Forderungen-UN-Gipfel-Rio-2012.pdf
- gab es immer wieder Ansätze, grundsätzlichere Aspekte aufzugreifen. Hieran anknüpfend hat sich im Sommer 2013 eine Gruppe gebildet, um Wege auszuloten, das Thema Postwachstum mittelfristig bei Greenpeace zu verankern. Diese Arbeitsgruppe ist gemischt zusammengesetzt: Ehrenamtliche, die sich im Studium mit Postwachstumsfragen auseinandersetzen und Mitarbeiter*innen aus unterschiedlichen Bereichen der Organisation (Kommunikation, Themenpool, Politische Vertretung, Ehrenamtskoordination). Gesucht wurden und werden immer wieder neue Anstöße und Methoden, um Greenpeace-Mitarbeiter*innen, Ehrenamtliche und Förderer*innen ins Gespräch zu bringen:
- Zum Einstieg gab es mehrere Wachstumspalaver: Mit der Methodik des World-Cafés wurden folgende Fragen bearbeitet: „Wo kommt in unserem Umfeld Wachstum vor, wo nicht? Welche Rolle spielt es in der Gesellschaft? Sollte Greenpeace sich dieses Themas annehmen? Wie könnte das aussehen?“ An diesen offenen Angeboten nahmen circa 70 Hauptamtliche und 50 Ehrenamtliche teil.

- Die Ergebnisse flossen in ein Grundsatzpapier ein, welches im Sommer 2015 auf der Führungsebene diskutiert wurde. Das Papier formuliert Thesen und Empfehlungen in drei Feldern: (1) Positionierungsbedarf für Greenpeace zum Thema Wachstum und Transformation, (2) Konsequenzen für die Kampagnen- und Themenarbeit von Greenpeace, (3) Konsequenzen für Greenpeace als Organisation, um nach außen hin glaubwürdig zu sein.
- Hieran anknüpfend wurden weitere Aktivitäten initiiert: Schon in der Vorbereitung hatte die Arbeitsgruppe Kontakt zu Christian Felber aufgenommen und sich mit dem Konzept der Gemeinwohl-Ökonomie auseinandergesetzt. Eine Empfehlung des Papiers ist die Erstellung einer Gemeinwohlbilanz für Greenpeace. Diese Idee wird derzeit umgesetzt, die Bilanz soll noch 2017 veröffentlicht werden.
- Eine weitere Idee ist die Einbindung unserer Förderer*innen in die Debatte und Positionsfindung. Hierzu haben wir von Frühjahr bis Herbst 2016 eine dreiteilige „Postwachstumswerkstatt“ durchgeführt, in deren Verlauf 50 Förderer*innen und Ehrenamtliche sich damit auseinandergesetzt haben, was sie selbst, Greenpeace und die Politik auf dem Weg zu einer Postwachstumsgesellschaft beitragen könnten. Die Ergebnisse in Form eines Postwachstumswerkzeugkastens finden Sie unter greenpeace.de/microsite/general/15 Zudem haben wir unter etwa 1.500 Förderer*innen eine Umfrage durchgeführt, um zu erfahren, wie die Förderer*innen selbst zum Thema Wirtschaften und Wachstum stehen.

Die nächsten Schritte sollen sich damit beschäftigen, wie wir auch in den Kampagnen vorhandene Ansätze zu einer grundsätzlicheren Kommunikation nutzen können, sei es zu Fragen unseres Lebensstiles, der Rolle der Verbraucher*innen oder der grundlegenden Ausrichtung unseres Wirtschaftssystems, dem die nötige Werteorientierung fehlt. In diese Richtung zielt die im Mai gestartete Kampagne zum Fleischverzehr, die sowohl den Fleischkonsum als auch die Produktion grundsätzlich thematisiert.

UNNOLF HARDER

Teamleiter AktionsNetz,
Greenpeace

BEISPIELPROJEKTE AUS DEN DNR-MITGLIEDSORGANISATIONEN

BILDUNGSARBEIT VON GERMANWATCH

Germanwatch setzt sich für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen ein. Dabei konzentriert sich das DNR-Mitglied auf die Politik und Wirtschaft des Globalen Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Globalen Süden bildet den Ausgangspunkt ihrer Arbeit.

Für die Themen Wachstum und Wirtschaft bietet besonders die Bildungsarbeit von Germanwatch spannende Beispiele. Zu nennen sind hier die Arbeitsblätter für die Bildungsarbeit mit Schüler*innen und jungen Erwachsenen zu Themen wie Klimawandel, den Millenniumszielen, der großen Transformation und zum Thema Wachstumskritik. Letztere thematisieren unter anderem planetare Grenzen, Wohlstandskonzepte, Suffizienz und das gute Leben.

MEHR INFOS:
— WIR-KOOPERIEREN.ORG —
ANSPRECHPARTNER:
STEPHAN ILLI (PROJEKTLEITER, BÜRO FÜR KOOPERATIONS- UND AGRARKULTUR)
INFO@WIR-KOOPERIEREN.ORG

01

MEHR INFOS UND
BILDUNGSMATERIALIEN:
— [GERMANWATCH.ORG/DE/
BILDUNGSMATERIALIEN](http://GERMANWATCH.ORG/DE/BILDUNGSMATERIALIEN) —
ANSPRECHPARTNER:
STEFAN ROSTOCK (TEAMLEITER BILDUNG FÜR
NACHHALTIGE ENTWICKLUNG) [ROSTOCK@
GERMANWATCH.ORG](mailto:ROSTOCK@GERMANWATCH.ORG)

SCHWEISFURTH STIFTUNG: LANDWIRTSCHAFTLICHE KOOPERATION

02

Kooperation statt Konkurrenz muss ein wichtiger Teil der Transformation unserer Gesellschaft und Wirtschaftsweise sein. Der virtuelle Werkzeugkasten vom Projekt „wir-kooperieren“ der Schweisfurth Stiftung unterstützt landwirtschaftliche Betriebsgemeinschaften – also Höfe, die gemeinsam von mehreren Einzelpersonen oder Familien geführt werden – mit praxisnahem Fachwissen bei der Zusammenarbeit. Das Projekt kann auf zwei Ebenen zu einer möglichen Transformation beitragen – sowohl inhaltlich mit seinem Bezug zur Kooperation innerhalb bäuerlicher Landwirtschaftsbetriebe im ansonsten von Agrarindustrie geprägten Ernährungssystem als auch mit seinem Open Source Ansatz. Denn: Kooperation kann gelernt werden!

FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT (FÖS)

Der heutige Verbrauch fossiler Energieträger und Rohstoffe durch die Industrieländer ist weder weltweit ausdehnbar noch zukunftsfähig. Der momentanen Externalisierung vieler Kosten von Ressourcen und Energie muss dringend entgegengewirkt werden, um eine sozial-ökologische Transformation möglich zu machen. Die vom FÖS maßgeblich vorangebrachte Idee der ökologischen Steuerreform gilt für viele als ein erster wichtiger Schritt in Richtung Wachstumsunabhängigkeit. Das FÖS trägt durch eine Vielzahl von Veranstaltungen im In- und Ausland und eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit zur gesellschaftlichen Diskussion zu diesem Thema bei.

MEHR INFOS: [—FOES.DE—](http://foes.de)

KONTAKT: [FOES@FOES.DE](mailto:foes@foes.de)

03

Auf der [DNR-PROJEKTWEBSEITE](http://dnr.de/projektwebseite) finden Sie eine Übersicht über wichtige Akteure, Werkzeuge und Projekte zum Thema sozial-ökologische Transformation und Wachstumskritik. [—dnr.de/sozial-oekologische-transformation—](http://dnr.de/sozial-oekologische-transformation)

NETZWERK WACHSTUMSWENDE Eine Plattform, auf der Interessierte sich zu wachstumskritischen Themen vernetzen und über Termine, Diskussionen und Arbeitsgruppen informieren können. [—wachstumswende.de—](http://wachstumswende.de)

Konzeptwerk Neue Ökonomie und Fairbindung
BILDUNGSMATERIALIEN ZUR SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN TRANSFORMATION „ENDLICH WACHSTUM!“
[—endlich-wachstum.de—](http://endlich-wachstum.de)

BLOG POSTWACHSTUM Vielfältige Blogartikel zu den verschiedensten Facetten von Wachstumskritik und Postwachstum aus politischer, zivilgesellschaftlicher oder akademischer Perspektive [—postwachstum.de—](http://postwachstum.de)

MOVUM-BRIEFE ZUR TRANSFORMATION [—movum.info—](http://movum.info)

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) **BLOG „STADT.LAND.GLÜCK“** und **VERÖFFENTLICHUNGEN ZU SUFFIZIENZ** Neben verschiedenen spannenden Publikationen zum Thema Suffizienz will der BUND im Blog Trends zu Suffizienz, aktuelle Debatten und gute Beispiele aus Kommunen bekannt machen. [—bund.net/stadtland-glueck—](http://bund.net/stadtland-glueck)

Konzeptwerk Neue Ökonomie (2017) **KEIN WACHSTUM IST AUCH KEINE LÖSUNG** „Myth-Buster“ zu beliebten Pro-Wachstumsargumenten [—rosalux.de/publikation/id/14854/kein-wachstum-ist-auch-keine-loesung—](http://rosalux.de/publikation/id/14854/kein-wachstum-ist-auch-keine-loesung)



POLITISIERUNG DER DEBATTE

EXKURS: SPIELRÄUME FÜR WACHSTUMSKRITIK

WACHSTUM IM BUNDESTAG

Einleitend für den Teil der Broschüre, der sich stärker der politischen Praxis zuwenden wird, soll der Möglichkeitsraum für solche Debatten kurz betrachtet werden: Was halten Politik und Bevölkerung eigentlich von den Themen Wachstumskritik?

Die Studie „Das Wachstum im deutschen Bundestag“ des Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) in Potsdam wurde in einem Projekt namens „Growth in Politics“ erstellt und beschäftigt sich mit der Analyse des Wachstumsarguments in der politischen Kommunikation. Sie zeigt, dass bei den Abgeordneten des Bundestages Spielräume für eine höhere Reflexivität beim Thema Wachstum existieren.

Die Studie fand heraus, dass das Wirtschaftswachstum im Deutschen Bundestag immer noch kaum hinterfragt wird, sondern weiterhin als Ziel vieler Politiken verstanden wird. In diesem Sinne ist Wachstum nicht Mittel, sondern wird mehrheitlich selbst als Zweck von Politiken genannt. Der Zusammenhang zwischen den Zielen, für die Wachstum als Mittel gilt – also Arbeitsplätze und Haushaltsstabilisierung beispielsweise – wird schon lange von niemandem mehr infrage gestellt. Erstaunlicherweise wird auch zum Beispiel Wohlstand sehr

DIE ANALYSE ZEIGT, DASS BEI DEN ABGEORDNETEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES EINE HÖHERE REFLEXIVITÄT BEIM THEMA WACHSTUM EXISTIERT.

01

IASS STUDIE „DAS WACHSTUM IM DEUTSCHEN BUNDESTAG“ — [IASS-POTSDAM.DE/CONTENT/DAS-WACHSTUMSPARADIGMA-IM-DEUTSCHEN-BUNDESTAG](https://www.iass-potsdam.de/content/das-wachstumsparadigma-im-deutschen-bundestag)

viel seltener als Zweck genannt. In Interviews mit Abgeordneten zeigte sich, dass es von sogenannten „Wachstumsdogmatiker*innen“, die Wirtschaftswachstum uneingeschränkt befürworten und verteidigen, über „das Wachstum Einschränkung“, die nicht jede Form von Wachstum befürworten, sondern nur unter bestimmten Bedingungen für Wachstum sind, bis hin zu „Wachstums skeptiker*innen“ die verschiedensten Meinungen zu Wachstum im Bundestag vertreten sind. Dass ein Wandel hin zu alternativen Wohlstandskonzepten, die weniger auf Wirtschaftswachstum ausgerichtet sind, möglich ist, zeigt der Befund, dass ein Großteil der Abgeordneten (83 Prozent der Befragten) offen für eine „Debatte über alternative Wachstumskonzepte“ ist.

In der Studie wurde auch untersucht, wie die Infragestellung veralteter Dogmen am besten gelingen kann. Besonders hervorgehoben wird interessanterweise die Rolle der Mitarbeiter*innen der Mitglieder des Deutschen Bundestages in den Abgeordnetenbüros für die Meinungsbildung und den Informationszugang der Abgeordneten. Es wird dazu angeregt, Themen stärker über die Mitarbeiter*innen an die Abgeordneten heranzutragen. (Die Studie ist kostenlos online zu finden.) Es wäre also wichtig und von Vorteil, die Debatte um die tatsächliche Rolle des Wirtschaftswachstums mit politischen Vertreter*innen zu suchen und dabei gängige Ideen rund um das BIP-Wachstum infrage zu stellen.

WACHSTUMSTHEMATIK BEI DEN BÜRGER*INNEN

Interessant ist auch die Betrachtung der Meinung der deutschen Bürger*innen zum Thema Wachstum. Sicherlich gibt es ein Grundgefühl in der Bevölkerung, dass Wachstum innerhalb des kapitalistischen Konkurrenz- und Verwertungssystems notwendig ist für Stabilität und vor allem für Arbeitsplätze. Wie sollte es auch anders sein, keine Partei spricht davon, das BIP-Wachstum infrage zu stellen, die öffentlichen Medien äußern sich innerhalb ihres Bildungsauftrages fast nie zu diesem Thema oder geben allenfalls die Mainstream-Theorien wieder. Die Aktienkurse ziehen in Dauerschleife am unteren Bildschirmrand entlang und im Radio ist zu hören, dass die Konsumbereitschaft der Deutschen endlich wieder gestiegen ist.

Umso erstaunlicher ist es, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung für ein kritisches Hinterfragen und eine Auseinandersetzung mit diesen Themen offen ist. Die aktuelle Umweltbewusstseinsstudie des Umweltbundesamts aus dem Jahr 2016, die dieses Mal stärker auch das Thema Wachstum in den Fokus genommen hat, zeigt dies sehr eindrücklich. So findet beispielsweise die Notwendigkeit, Wege zu einem guten Leben unabhängig vom Wirtschaftswachstum zu finden bei einer überwältigenden Mehrheit Akzeptanz (91 Prozent), davon bei mehr als der Hälfte voll und ganz. Dass es natürliche Grenzen des Wachstums gibt, die unsere industrialisierte Welt längst erreicht oder schon überschritten hat, dem stimmen 78 Prozent zu. Dass wir unsere Umweltprobleme nur lösen können, wenn wir unsere Wirtschafts- und Lebensweise grundlegend umgestalten, halten 81 Prozent für richtig und dass Umweltschutz für Deutschland Vorrang haben sollte, selbst wenn er das Wirtschaftswachstum beeinträchtigt, sehen 71 Prozent so. Viele sind auch davon überzeugt, dass es hierfür eine starke politische Regulierungen braucht. Der Aussage: „Die erforderlichen Veränderungen können (allein) durch das Wirken der Marktkräfte erreicht werden“, stimmen insgesamt 61 Prozent nicht oder überhaupt nicht zu. Eine Mehrheit findet also eine aktive Politik, die auf Basis von Nachhaltigkeitsprinzipien die Marktwirtschaft reguliert und so den sozial-ökologischen Wandel unterstützt, richtig und wichtig (S. 19f).

VON MILIEU ZU MILIEU VERSCHIEDEN

Natürlich ist die Haltung gegenüber der Wachstumsfrage von Milieu zu Milieu unterschiedlich. Traditionelle Milieus sind häufig überzeugte Wachstumsskeptiker*innen (ähnlich wie das kritisch-kreative Milieu). „Ganz entschieden (zu 89 Prozent) vertreten sie die Meinung, dass Umwelt und Klimaschutz Vorrang gegenüber den Erfordernissen des wirtschaftlichen Wachstums haben sollte. Und noch eindeutiger (zu 97 Prozent) fordern sie, dass wir Wege finden müssen, wie wir wachstumsunabhängig weiter ein gutes Leben gewährleisten können“ (S. 77). Bei diesem Milieu ist die Frage nach der Bemessung des Wohlstandes also besonders wichtig. Der bürgerliche Mainstream ist verunsichert. „Einerseits sind sie davon überzeugt, dass ein endlos fortgesetztes wirtschaftliches Wachstum unmöglich ist. Andererseits: Ohne ausreichende Wachstumsraten, so haben sie es gelernt, drohen Wirtschaftskrisen und sozioökonomische Verwerfungen. So stellen sie sich immer wieder die Frage, wie eine angemessene Lebensqualität erhalten werden kann, ohne dass Nachhaltigkeitsziele dem Bruttoinlandsprodukt untergeordnet werden müssen“ (S. 74). Bei den prekären Milieus ist eine paradoxe Situation zu erkennen. Zwar sind sie am stärksten von Mehrfachbelastungen wie Luftverschmutzung, Lärm etc. betroffen, aber trotzdem spielen Umweltthemen für sie eine nachgeordnete Rolle. Dies muss jedoch nicht zwangsläufig bedeuten, dass ständiges BIP-Wachstum an sich für sie alternativlos ist (S. 75f). Der Arbeitssoziologe Klaus Dörre fasst es gut zusammen wenn er sagt, dass es den Menschen nicht wichtig ist, dass der Kuchen wächst, sondern, dass er gerecht verteilt wird.

Einzig die gehobenen Milieus fordern, dass Maßnahmen für den Umwelt- und Klimaschutz das wirtschaftliche Wachstum und die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands nicht beeinträchtigen dürfen (S. 73).

01

UMWELTBEWUSSTSEINS-
STUDIE 2016
— UMWELTBUNDESAMT.DE/
PUBLIKATIONEN/UMWELT
BEWUSSTSEIN-IN-DEUTSCH
LAND-2016—



DASS WIR UNSERE UMWELTPROBLEME NUR LÖSEN KÖNNEN, WENN WIR UNSERE WIRTSCHAFTS- UND LEBENSWEISE GRUNDLEGENDE UMGESTALTEN, HALTEN 81 PROZENT FÜR RICHTIG.

VON GRUNDSATZDEBATTEN UND POLITIKVORSCHLÄGEN

NOTWENDIGE GRUNDSATZDEBATTEN

Kern der Arbeit muss sein, den Mythos des endlosen BIP-Wachstums zu brechen. Wie zuvor bereits angesprochen: Wenn das BIP-Wachstum in der gesamtgesellschaftlichen Wahrnehmung, in der internationalen wirtschaftspolitischen Debatte und in den politischen Zielsetzungen der Kern der Stabilisierung unserer Gesellschaften bleibt und so das vermeintlich alternativlose entscheidende Kriterium für alle sozialpolitischen Fragen darstellt – dann haben wir keine Chance.

Die im Folgenden aufgeführten politischen Forderungen werden nicht durchkommen, wenn dabei die Orientierung der Politik und Wirtschaft am Wachstum nicht problematisiert wird. Insbesondere im Kontext der Grünen Ökonomie gilt es, vorsichtig zu sein. Dass es gerade im Bereich der Technologien für die Energiewende wichtige Entwicklungen (zu Speicherung und Vernetzung etc.) geben muss, ist klar, ein gesamtgesellschaftliches Modell deshalb in Gänze aufrecht zu erhalten und sogar zu legitimieren, ist dafür jedoch nicht notwendig. Solange Wirtschaftswachstum als der Schlüssel zur Lösung vieler Grundprobleme unserer Gesellschaft gilt, sind Umweltpolitiken, in deren Folge Wachstum reduziert wird, chancenlos, da sie dem politischen und ökonomischen Mehrheitsdenken entgegenstehen. Viel mehr: Sie untermauern die Vorstellung, dass die Umweltschützer*innen auf dem sozialen Auge blind sind.

Neben den konkreten politischen Forderungen gilt es zudem, die Möglichkeiten diskursiven Einflusses genauer zu betrachten. Es müssten Strategien entwickelt werden, wie eine Diskurshoheit erzielt werden kann. Wer sind die Akteure, die erkennen müssen, dass die vermeintlichen Erfolge des Wachstums mittlerweile eine Farce sind? Wie kann man dies breitenwirksam diskutieren? Welche anderen Narrative als das des Wirtschaftswachstums sprechen die Bevölkerung an?

ERSTE SCHRITTE IN DIE RICHTIGE RICHTUNG: POSTWACHSTUMSPOLITIKEN

Neben der grundlegenden Neuorientierung unserer Gesellschaft bezüglich unseres Zusammenlebens und Wirtschaftens braucht es konkrete Politikmaßnahmen. Diese können schon im Hier und Jetzt zeigen, welche Alternativen es zum vorherrschenden krisenhaften System gibt und wie dazu beigetragen werden kann, den Wachstumszwang zu lockern.

Konträr zur Kritik an der Postwachstumsbewegung, dass sie keine realistischen Schritte in eine Postwachstumsgesellschaft aufzeigen könne, widmen sich Aktivist*innen, Verbandsvertreter*innen, Wissenschaftler*innen und Politiker*innen vermehrt konkreten Politikvorschlägen für eine sozial-ökologische Transformation.

Innerhalb des Netzwerkes der Zivilen Enquete Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität (siehe Seite 22) wurde beispielsweise aktuell eine Broschüre mit Politikvorschlägen zum Thema Postwachstum erarbeitet, welches spannende Impulse bietet (siehe Kasten auf Seite 35). Die tiefergehenden Erläuterungen über das Wie und Warum können in der Broschüre nachgelesen werden, wir wollen hier aber zumindest einen Einblick geben, worum es sich bei zukünftigen politischen Forderungen handeln könnte.

Ein Ansatz ist beispielsweise, die Veränderung festgeschriebener gesamtpolitischer Leitbilder einzufordern. Dies könnte das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 betreffen, welches ein „stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum als Staatsziel der Bundesrepublik Deutschland“ festlegt. Zudem existiert seit der Finanzkrise 2008 mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz eine zusätzliche strukturelle Verankerung des Wachstumsprinzips. Neben der Forderung nach einer Abschaffung dieser Gesetze könnte darüber hinaus die Forderung stehen, Nachhaltigkeit und ökologische Gerechtigkeit als Leitbilder festzuschreiben. Auch die Forderung, endlich das BIP durch alternative Wohlstandsindikatoren zu ersetzen, muss gemeinschaftlich weiter vorangetrieben werden. An diesem Thema wird Greenpeace voraussichtlich in Zukunft weiterarbeiten (siehe Seite 27).

Des Weiteren werden einige umweltpolitische Rahmensetzungen wie die Verlagerung der Steuerlast von Arbeit auf Ressourcenverbrauch oder auch ein Flächen- und Baumatorium, welches die Versiegelung von Flächen nur bei gleichzeitiger Entsiegelung von gleichem Umfang fordern würde, vorgeschlagen. Darüber hinaus gibt es ein Kapitel zu Märkten und Unternehmen, das unter anderem den Vorschlag zu einer Reform des Aktiengesetzes enthält, in der die Pflicht zur Gewinnmaximierung aufgehoben und stattdessen das Wohl der Stakeholder und die Erhaltung von Gemeingütern verankert wird. Auch Maßnahmen zur Produkt- und Werberegulierung werden hier dargelegt. Im Kapitel zu Arbeit und Soziales werden Ideen zu Arbeitsmarktpolitiken, wie beispielsweise Arbeitszeitverkürzung, Umverteilung und Grundsicherung ausgeführt.

Darüber hinaus gibt es Kapitel zu verschiedenen, den Umweltorganisationen näherstehenden Themen wie Verkehr, Landwirtschaft und Ernährung, in denen Ideen skizziert werden, welche Politiken für eine Welt des „weniger, langsamer und gemeinschaftlicher“ notwendig wäre. Nicht zuletzt das Thema Finanzmärkte wird hier natürlich benannt. Gerade dieser Bereich sollte noch sehr viel genauer in den Blick genommen werden. Die Fixierung auf das Wachstum hat zum Finanzkapitalismus geführt. Die Deregulierung sollte höheres Wachstum auslösen, hat aber tief in die Krise geführt. Die Verkleinerung, Entflechtung und Demokratisierung der Finanzmärkte wird zur einer der wichtigsten Herausforderungen für zivilgesellschaftliche Akteure. Steuerfinanzierte, demokratisch kontrollierte Investitions- und Desinvestitionsprogramme in nicht-profitable, aber notwendige soziale und ökologische Güter müssten die überaus wichtige Rolle der Investitionen innerhalb eines Wirtschaftssystems neu ausbuchstabieren.

Das Forscher*innenkollektiv „Research & Degrowth“ (R&D degrowth.org) aus Barcelona hat zudem zehn Vorschläge für politische Maßnahmen entwickelt und diese in die politische Diskussion in Spanien eingebracht. Hier wird beispielsweise ein Schuldenschnitt für Staatsbürger*innen gefordert. Laut R&D sollte eine Wirtschaft nicht gezwungen werden zu wachsen, nur um Schulden abzutragen. Deshalb ist es wichtig, die Schulden nicht nur umzustrukturieren, sondern im Rahmen einer neuen, wirklich demokratischen Kultur einen Teil davon durch einen Schuldenschnitt aufzuheben. Solch ein Schuldenerlass sollte nach R&D allerdings nicht auf Kosten von Sparer*innen und Bezieher*innen bescheidener Renten gehen. Die Schulden der höchsten Einkommens- und Vermögenschicht wie auch die der Kreditgeber*innen für geplatzte Spekulationsgeschäfte sollten deshalb nicht erlassen werden. Auch im Papier von R&D wird beispielsweise die Aufteilung der Arbeit gefordert. So schreiben sie: *„Reduziert die Arbeitswoche auf maximal 32 Stunden und entwickelt Unterstützungsprogramme für die Unternehmen und Organisationen, die Arbeitsteilung ermöglichen wollen. Dies sollte so organisiert sein, dass Einkommenseinbußen (durch reduzierte Arbeitsstunden) nur die zehn Prozent der höchsten Einkommensgruppe betreffen.“* Des Weiteren gibt es Ideen zu Grund- und Maximaleinkommen.

Zivile Enquete Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität (2017) POSTWACHSTUMSPOLITIK. WOHLSTAND UND LEBENSQUALITÄT FÜR ALLE — fokus-wachstumswende.de/politikvorschlaege—

Research and Degrowth 10 VORSCHLÄGE FÜR EINE NEUE LINKE Original auf Englisch — degrowth.org/2015/05/15/yes-we-can-prosper-without-growth—
Deutsche Version — endlich-wachstum.de/wp-content/uploads/2017/06/B_10-Vorschläge_Arbeitsblatt.pdf—

Manfred Linz (2017) Wuppertal Institut. Handreichung WIE SUFFIZIENZPOLITIKEN GELINGEN Eine Analyse gelungener und verloreener Kämpfe (Rauchverbot in öffentlichen Räumen / Veggiday) und die Erkenntnisse und Folgerungen für Ziele, Politikstrategie und Kommunikation. — epub.wupperinst.org/files/6611/WS52.pdf—

Michael Kopartz (2016) München. Oekom Verlag ÖKOROUTINE – DAMIT WIR TUN, WAS WIR FÜR RICHTIG HALTEN Auch als Blog — oekoroutine.de—

SUFFIZIENZ ALS NOTWENDIGE POLITISCHE FORDERUNG

Viele der vorgeschlagenen Politiken lassen sich im Bereich der Suffizienz ansiedeln (siehe Seite 34/35). Suffizienz meint die Frage nach dem Genug, dem richtigen Maß für die Befriedigung der eigenen Bedürfnisse, ohne die planetaren Grenzen aus dem Blick zu verlieren. Damit ist Suffizienz auch eng mit Fragen der sozialen Gerechtigkeit wie „Welche Ressourcen sind wie verteilt?“ Und „Wer hat welche Zugänge?“ verbunden und soll ein Gutes Leben für alle ermöglichen, in dem niemand auf Kosten anderer leben muss. Da wir im Globalen Norden jedoch weit über unsere Verhältnisse leben, bedeutet Suffizienz ganz konkret eine absolute Reduktion unseres Umweltverbrauchs.

Somit sind Suffizienzpolitiken auf die Reduktion des Energie-, Ressourcen- und Flächenverbrauchs der Bürger*innen beziehungsweise der Gesellschaft ausgerichtet. Damit stehen diese Politikvorschläge im Kontrast zur bisherigen Politik, die Wirtschaftswachstum als Wohlstandsmaß nimmt und für die Einkommensverteilung und Verfügung über Ressourcen eine untergeordnete Rolle spielen. Dies führt auch dazu, dass es in unserem gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen System mit hohen Kosten, Aufwand und Hürden verbunden ist, nachhaltig und suffizient zu leben. In diesem Sinne sollen Suffizienzpolitiken suffiziente Lebensstile attraktiv und einfach zugänglich machen und nicht-nachhaltige Lebensstile nicht weiter fördern.

DER FOKUS AUF EFFIZIENZ UND TECHNOLOGISCHE LÖSUNGEN KLAMMERT SOZIALE UND KULTURELLE FAKTOREN AUS

In der momentanen Politik wird Suffizienz kaum berücksichtigt, stattdessen wird fast ausschließlich auf Effizienz und technologische Lösungen gesetzt. Doch Effizienzstrategien sind aufgrund von Rebound-Effekten (siehe Seite 11) oft sehr viel weniger effektiv als gedacht. Rebound-Effekte entstehen zum Beispiel dadurch, dass eine erhöhte Effizienz zu Kosteneinsparungen führt. Einerseits erhöhen sinkende Preise (zum Beispiel von Strom oder Benzin) die Nachfrage, also den Konsum, andererseits kann das eingesparte Geld von Konsument*innen für den Konsum anderer möglicherweise ressourcenintensiver

Produkte genutzt werden. Außerdem klammert der Fokus auf Effizienz und technologische Lösungen soziale und kulturelle Faktoren aus. Lebensqualität, die stark von Faktoren wie Gerechtigkeit, solidarischen Infrastrukturen und sozialem Miteinander abhängt, wird vernachlässigt.

Die deutsche Zivilgesellschaft, allen voran die Umweltverbände, arbeitet teilweise bereits zu transformativen Politiken, oft jedoch ohne ihre Forderungen in den Kontext der sozial-ökologischen Transformation zu setzen. Die Idee dieses Abschnittes ist es, eine Orientierung zu geben, wie Forderungen für konkrete Suffizienzpolitiken aussehen könnten, und warum diese so notwendig sind. Wir möchten zivilgesellschaftliche Akteure dazu ermutigen, neben Effizienz- und Konsistenzstrategien vor allem auch Suffizienzpolitiken zu fördern und zu fordern. Möglich wäre beispielsweise ein „Suffizienz-Mainstreaming“ für die eigene Organisation, angelehnt an die Idee des Gendermainstreaming: Also eine Strategie, das Thema Suffizienz bei allen Entscheidungen auf allen Ebenen zu berücksichtigen. Wir müssen unsere Forderungen mutig in einen breiteren Kontext der Gerechtigkeit, des Genug, der Wachstums- und Beschleunigungskritik setzen und dadurch die Grundprinzipien des Höher-Schneller-Weiter an sich infrage stellen. Mit den hier dargestellten Politiken ist dies wesentlich einfacher, als wenn man nur mit theoretischen Debatten arbeiten kann. Die hier vorgenommene Zusammenstellung und Analyse gibt aus Platzgründen nur einen kleinen Einblick in das weite Feld der Suffizienzpolitiken, nämlich in das Politikfeld Verkehr. Es existieren jedoch in fast allen Politikfeldern bereits Ideen für eine suffizientere Gesellschaft. Mehr Informationen dazu gibt es in den spannenden Publikationen, die viele Aussagen genauer erklären und weitere Suffizienzpolitiken beschreiben (siehe Kasten auf Seite 38).

01

EIN ONLINE-TOOL UM
SUFFIZIENZ BESSER AN-
WENDEN ZU KÖNNEN:
[__POSTWACHSTUM.DE/
SUFFIZIENZPOLITIK__](http://POSTWACHSTUM.DE/SUFFIZIENZPOLITIK)

DIE SUFFIZIENZDEBATTE AM BEISPIEL VERKEHR

Der Verkehrsbereich hat große Auswirkungen auf den Ausstoß von Treibhausgasen und den Ressourcen- und Flächenverbrauch in Deutschland. Daher soll nun exemplarisch an diesem Politikfeld gezeigt werden, wie Suffizienzpolitiken aussehen könnten und wie sich diese Vorschläge mit den Forderungen der deutschen Umweltbewegung decken.

Wichtige Suffizienzpolitiken im Bereich Verkehr betreffen zunächst denjenigen Verkehr, der einen hohen Energie-, Ressourcen- und Flächenverbrauch hat und sich negativ auf die Gesundheit der Bevölkerung auswirkt. Diesen, also vor allem motorisierten Verkehr (Autos, Lkws, Motorräder) und den Flugverkehr, gilt es, einzudämmen und weniger attraktiv zu machen. Momentan profitieren diese Bereiche davon, dass sie mithilfe politischer Maßnahmen sowohl für Verbraucher*innen als auch für Produzent*innen attraktiver und lukrativer gemacht werden, als sie eigentlich sind. So ist zum Beispiel die Stadtplanung in Deutschland historisch stark am Auto orientiert und berücksichtigt die Bedürfnisse von Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen sehr viel weniger. Viele Menschen bleiben so beim Auto, einfach weil zum Beispiel Fahrradfahren als zu langsam oder zu gefährlich wahrgenommen wird (und heute auch noch ist). Mehr Platz fürs Rad, weniger Parkraum für Autos oder eine fahrradfreundliche Ampelschaltung sind erste Schritte hin zu einer Stadtplanung, die die Bedürfnisse aller Beteiligten berücksichtigt. Darüber hinaus können Maßnahmen wie eine City-Maut, wie es sie in London gibt, dabei helfen, dass motorisierter Individualverkehr weniger attraktiv ist. Auch unsere momentane Steuerpolitik verhilft nicht-nachhaltigen Verkehrsmitteln dazu, attraktiv und lukrativ zu sein. Steuererleichterungen für den Flugverkehr und den motorisierten Einzelverkehr (zum Beispiel die Pendlerpauschale) müssen daher abgeschafft werden, da sie dem Klima, unserer Gesundheit und der Natur schaden. Gleichzeitig müssen alternative, nachhaltige Mobilitätsformen, wie der öffentliche Nahverkehr, die Bahn, der Radverkehr und der Fußverkehr stärker gefördert werden, beispielsweise durch Infrastrukturbereitstellungen (zum Beispiel mehr Platz für den öffentlichen Personennahverkehr [ÖPNV], Rad und Fußgänger), Änderungen in der Verkehrsführung (in Graz gibt es beispielsweise ein Dauergrün für Fußgänger) und gezielte Anreize (wie ÖPNV gratis oder billiger anbieten).

Vieles muss hier dringend von Vorreitern wie Kopenhagen und Amsterdam übernommen werden. Die Ideen und Umsetzungsstrategien liegen dort parat.

Eine beliebte Forderung in diesem Zusammenhang ist auch die Förderung von Elektromobilität und Car-Sharing. Car-Sharing scheint im ersten Moment eine Suffizienzstrategie zu sein, dies stimmt jedoch nur, wenn Menschen, die sonst ein eigenes Auto nutzen würden, dieses durch Car-Sharing ersetzen. In dem Moment, wo Menschen zum Beispiel vom Fahrradfahren zum Car-Sharing wechseln, steigt der Umweltverbrauch. Somit sind nur Car-Sharing-Strategien, die auch andere Verkehrsmittel kombinieren, wie ÖPNV-Angebote mit integriertem (E-)Fahrrad- und Autoleihsystem wirklich sinnvoll.

Auch Elektromobilität als reine Effizienzstrategie mag zwar zunächst attraktiv scheinen, ist jedoch aus einer Suffizienzperspektive problematisch, da es eine absolute Reduktion unseres Umweltverbrauchs braucht, um die ökologischen und sozialen Krisen überwinden zu können. Momentan sind wir jedoch von 100 Prozent erneuerbaren Energien weit entfernt, somit ist die CO₂-Bilanz von E-Autos, gerade wenn man ihre Produktion miteinrechnet, erstaunlich schlecht. Und selbst wenn unsere Stromversorgung zu 100 Prozent über erneuerbare Energien gelänge, wäre Elektromobilität problematisch: Im Angesicht steigenden Energieverbrauchs privater Haushalte und Rebound-Effekte, die Effizienzmaßnahmen zum Teil wieder zunichtemachen, sind Maßnahmen für die Energiereduktion dringend notwendig für eine echte Energiewende. Dies kann nur über Energiesuffizienz, also eine absolute Reduktion der Energienutzung passieren. Wenn wir jedoch anfangen, große Teile unseres Verkehrsaufkommens zu elektrifizieren, wird die gebrauchte Energiemenge stark ansteigen. Dabei ist zum

einen fraglich, ob eine gesteigerte Energiemenge nur aus Erneuerbaren Energien überhaupt möglich ist. Zum anderen braucht auch die Produktion und Nutzung von Erneuerbarer Energie Ressourcen und Fläche (zum Beispiel für die Herstellung und Nutzung der Anlagen, aber auch für die Produktion von Batterien), wodurch unser Flächen- und Ressourcenverbrauch weiter steigen würde. Daher ist Elektromobilität nur sinnvoll, wenn insgesamt weniger Autos auf den Straßen wären, diese ausschließlich mit Ökostrom betrieben würden und sehr viel kleiner und leichter wären als sie momentan sind, da sie so einen niedrigeren Energie- und Ressourcenverbrauch sowohl in der Produktion als auch in der Nutzung hätten. Nur so könnte Elektromobilität zu einer Reduktion des Umweltverbrauchs beitragen. Diese Schwierigkeiten werden bisher jedoch von Umwelt- und politischen Akteuren kaum thematisiert. Eine Förderung von E-Lastenfahrrädern wäre sehr viel sinnvoller und billiger, wird aber kaum angesprochen.

Es gibt bereits viele wichtige Forderungen aus der Zivilgesellschaft für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik. Für eine erfolgreiche Verkehrs- und Energiewende müssen Umweltverbände jedoch auch mehr Suffizienz fordern und dabei eine kritische Haltung zur Elektromobilität aufrechterhalten.

Uwe Schneidewind und Angelika Zahrnt (2013) München. Oekom Verlag **DAMIT GUTES LEBEN EINFACHER WIRD. PERSPEKTIVEN EINER SUFFIZIENZPOLITIK** Ein interessanter Vorschlag, wie Suffizienzpolitiken in den unterschiedlichen Politikbereichen aussehen könnten.

Irmi Seidl und Angelika Zahrnt (2010) **POSTWACHSTUMS-GESELLSCHAFT. KONZEPTE FÜR DIE ZUKUNFT** Grundlagenwissen und Themen-Artikel zu unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern, die mit Wachstum zusammenhängen. Auch online — postwachstum.de/mehr-zum-thema/buch-postwachstumsgesellschaft/inhalt-des-buchs—

Manfred Linz (2015) Wuppertal Institut **SUFFIZIENZ ALS POLITISCHE PRAXIS. EIN KATALOG** Eine spannende Zusammenstellung verschiedener Suffizienzpolitiken mit unterschiedlicher Reichweite und Eingriffstiefe. — epub.wupperinst.org/files/5735/WS49.pdf—

Frank Adler und Ulrich Schachtschneider (Hrsg.) (2017) München. Oekom Verlag **POSTWACHSTUMSPOLITIKEN. WEGE ZUR WACHSTUMSUNABHÄNGIGEN GESELLSCHAFT**

Auch auf der **DNR-PROJEKTWEBSEITE** finden Sie eine Übersicht über verschiedene Suffizienzpolitiken und Literaturangaben. — dnr.de/sozial-oekologische-transformation/politikvorschlaege—

Daniel Fuhrhop (2015) München. Oekom Verlag **VERBIETET DAS BAUEN** Auch als Blog — verbietet-das-bauen.de—

Angelika Zahrnt und Dominik Zahrnt (2016) **LANDKARTE SUFFIZIENZPOLITIK** Ein webbasiertes Planungs-Werkzeug für zivilgesellschaftliche und politische Akteure, das bei der Entwicklung und Umsetzung von Praxisprojekten, Kampagnen, Strategieprozessen oder Politikmaßnahmen im Bereich Suffizienz hilft. — postwachstum.de/suffizienzpolitik—

„NICHT DEN MENSCHEN AN
DIE WIRTSCHAFT ANPASSEN,
SONDERN DIE WIRTSCHAFT
AN DIE BEDÜRFNISSE DES
MENSCHEN“
ADELHEID BIESECKER

02

In der Broschüre haben wir konkrete Impulse, Motivation und Inspiration für Schritte hin zu einem System ohne Wachstum gesammelt und aufbereitet. So wichtig dies auch ist, darf über die Beschäftigung mit diesen ersten Schritten nicht vergessen werden, tiefer gehende, systemische Zusammenhänge zu hinterfragen. Nur so können wir unseren Planeten Erde vor der Übernutzung und Ausbeutung durch den Menschen schützen. Unsere Kultur und vor allem unser Wirtschaftssystem sind geprägt von dem Zwang zur Konkurrenz und Gewinnmaximierung. Zudem von der Idee unablässigen Fortschritts innerhalb einer Grundvorstellung von Entwicklung als etwas linear Schnellerem, Expansiverem und Effizienterem. Was wollen wir dem entgegenstellen? Es gibt bereits viele wichtige Ansätze und Konzepte Wirtschaft, Gesellschaft und Naturverhältnisse anders zu denken, auf die wir hier kurz verweisen möchten. Im Fokus dieser neuen Ansätze stehen Erhalt und Regeneration menschlicher und natürlicher Lebensgrundlagen sowie eine demokratische Aushandlung dessen, was das gute Leben ist, statt der vermeintlich optimalen Definition durch den Markt. Die Prinzipien „mehr, billiger und profitreicher“ werden nicht dazu beitragen, die Übernutzung der natürlichen Grundlagen unseres Planeten zu beenden. Um all diese spannenden Teilbereiche kennenzulernen und tiefer in die Materie einzusteigen, verweisen wir am Ende des Textes auf weiterführende Literatur.

Besonders relevant ist für uns die Care-Debatte (care work = Sorgearbeit, Pflegearbeit). Die Care-Diskussion bietet interessante, grundlegende Perspektivwechsel auch für die ökologische Frage. Denn im Fokus der feministischen Ökonomik stehen Erkenntnisse zum Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Ausbeutung von Frauen, Natur und dem Globalen Süden. Es geht in der Care-Debatte im weitesten

Sinne darum, dass in unserer Wirtschaft eine besondere Beachtung auf dem produktiven (und damit ressourcenintensiven) Sektor liegt, also auf der Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Dass es jedoch einen sogenannten reproduktiven Sektor gibt, ohne den der Erhalt des Systems schlicht nicht möglich wäre, bleibt völlig unterbelichtet. Hier spielen sowohl die Pflege und Betreuung von Alten, Kranken und Kindern in schlecht bezahlten Jobs (sogenannte personennahe Dienstleistungen) eine Rolle, aber insbesondere auch die nicht entlohnten Arbeiten wie Kochen, Putzen oder das Kinderbekommen und -großziehen. Diese Sichtweise lässt sich gut auf die besondere Bedeutung der Natur für die Reproduktion der Gesellschaft übertragen. Die feministische Ökonomie weist auf das Erfordernis hin, die Ökonomie als Ganzes zu analysieren, statt nur den sogenannten „Wertschaffenden“ als vermeintlich relevanteren Bereich. Außerdem wird die Tatsache, dass Sorgearbeit in der Regel von Frauen und zumeist ohne Entlohnung geleistet wird, kritisiert. Es muss darum gehen, Ressourcen für die Care-Arbeit zu erkämpfen und Sichtbarkeit und Anerkennung zu erzielen. Die in der Care-Debatte verankerte Idee einer an Bedürfnissen orientierten Gesellschaft ist auch für die Transformationsdebatte grundsätzlich zentral. Ganz konkret könnte eine Stärkung der „Sorgearbeit“, also die Pflege der alten und die Ausbildung der jungen Menschen, im Fokus stehen. Erforderlich ist zudem eine Umverteilung aus den überproduktiven, exportorientierten und damit extrem ressourcen- und energieintensiven Sektoren in die prekären, vermeintlich weniger produktiven – aber für das Wohlbefinden außerordentlich wichtigen – Sektoren: Bildung, Altenpflege, Sozial- und Gesundheitswirtschaft.

Bei der Solidarischen Ökonomie geht es insbesondere darum, den im Kapitalismus besonders unterstützten Mechanismus der Konkurrenz nicht in den Mittelpunkt der wirtschaftlichen Beziehungen zu stellen. Psychologie und Neurowissenschaften haben das Konzept des Homo oeconomicus schon lange widerlegt und konnten aufzeigen, dass eine kooperative Zusammenarbeit den Menschen wesentlich mehr liegt, als nur an den eigenen Vorteil zu denken. Dass die Nutzenmaximierung des Einzelnen gesamtgesellschaftlich nicht zu einer optimalen Nutzung und Verteilung des Vorhandenen führt, ist schon lange offenkundig. Hier setzt die Solidarische Ökonomie an, indem sie in Produktions- und Verteilungsprozessen auf Kooperation statt Konkurrenz und Sinn statt Gewinn setzt. Überall auf der Welt wird Solidarische Ökonomie bereits ausprobiert: von Genossenschaften, Kollektiven, selbst-verwalteten

Betrieben und Schulen bis hin zu Solidarischer Landwirtschaft oder Freiem Wissen. An der Idee der Solidarischen Landwirtschaft wird das Konzept gut deutlich: Mehrere private Haushalte tragen die Kosten eines landwirtschaftlichen Betriebs, wofür sie im Gegenzug dessen Ernteertrag erhalten. Hierdurch wird dem oder der Landwirt*in ermöglicht, sich unabhängig von Marktzwängen einer guten und regionalen landwirtschaftlichen Praxis zu widmen, den Boden fruchtbar zu erhalten und bedürfnisorientiert zu wirtschaften. Im Zusammenhang mit der Solidarischen Ökonomie möchten wir auch kurz auf das Konzept der Gemeinwohl-Ökonomie verweisen. Hier wird die Gemeinwohl-Bilanzierung als alternativer Erfolgsindikator für Unternehmen vorgeschlagen. Diese Bilanzierung misst statt Profit und Wachstum eines Unternehmens die Werte Menschenwürde, Solidarität, Gleichberechtigung, ökologische Nachhaltigkeit und Mitbestimmung und will so den Nutzen von Unternehmen für das Allgemeinwohl (wie im Grundgesetz verankert) in den Fokus rücken. Einige Hundert Unternehmen haben bereits eine solche Gemeinwohl-Bilanz erstellt. So beispielsweise der Outdoor-Ausrüster Vaude, die Taz, der Bioland-Verband und perspektivisch auch Greenpeace.

Auch die Commons-Bewegung kritisiert die Trennung zwischen Produktion und Reproduktion und die Warenlogik des kapitalistischen Systems. Sie setzt dem gegenwärtigen System mit der Idee der Commons – oder Gemeingüter – eine wichtige Alternative entgegen, die frei von Tauschlogik und Profit sein soll und sich an den Bedürfnissen der Menschen und den Grenzen, die die Natur uns vorgibt, orientiert. Unter Commons werden gemeinsam hergestellte, gepflegte und genutzte Produkte und Ressourcen verstanden. Hierfür gibt es unzählige aktuelle Beispiele, angefangen bei der Online-Enzyklopädie Wikipedia und freier Software bis hin zu Urban-Gardening-Projekten. Commons sind aber darüber hinaus Ozeane, Anbauflächen, Luftraum etc. Die Idee der Commons stellt sehr grundlegend unsere Form der Nutzung und Verteilung von Gütern, Ressourcen und Naturräumen infrage. Wem gehört was und wer darf was wie nutzen? Zu Beginn der 1990er-Jahre konnte die Ökonomin Elinor Ostrom entgegen der neoklassisch geprägten Wirtschaftslehre nachweisen, dass für eine angemessene und nachhaltige Bewirtschaftung von lokalen, gemeinschaftlich genutzten Ressourcen in vielen Fällen eine institutionalisierte lokale Kooperation der Betroffenen sowohl der staatlichen Kontrolle als auch Privatisierungen überlegen ist. Sie erhielt für ihre Arbeit den Nobelpreis.

Unsere Ökonomie muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Hier kann es sich im wahrsten Sinne des Wortes nur um einen Ausblick handeln, der jedoch zeigen soll, welche umfangreichen und grundlegenden Ansätze es bereits gibt, um den Grundsätzen, die unser Wirtschaftssystem bestimmen, etwas entgegenzusetzen. Wir hoffen, dass dieses Kompendium an Beispielen, Argumenten und Anknüpfungspunkten dazu beiträgt, sich in Zukunft verstärkt mit Fragen des tiefgreifenden Wandels auseinanderzusetzen. Wir wünschen viel Kraft und Spaß dabei.

01

THEMENHEFT DER
HEINRICH BÖLL STIFTUNG:
WIRTSCHAFT IST CARE.
— [BOELL.DE/SITES/DEFAULT/
FILES/2015-02-WIRTSCHAFT-
IST-CARE.PDF](http://BOELL.DE/SITES/DEFAULT/FILES/2015-02-WIRTSCHAFT-IST-CARE.PDF)—

DIE IDEE DER COMMONS STELLT SEHR GRUNDLEGENDE UNSERE FORM DER NUTZUNG UND VERTEILUNG VON GÜTERN, RESSOURCEN UND NATURRÄUMEN INFRAGE. WEM GEHÖRT WAS UND WER DARF WAS WIE NUTZEN?

Konzeptwerk Neue Ökonomie e.V und DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (2017) **DEGROWTH IN BEWEGUNG(EN): 32 ALTERNATIVE WEGE ZUR SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN TRANSFORMATION** Spannendes Buch, in dem verschiedene soziale Bewegungen ihre Alternativvorschläge zum herrschenden Wirtschaftsmodell darlegen, darunter Texte zu Care Revolution, Queer-feministischer Ökonomie, solidarischer Ökonomie, Gemeinwohl-Ökonomie, Commons und Buen Vivir. Alle Texte mit weiteren Literaturhinweisen sind auch online zugänglich unter [__degrowth.info/de/dib/degrowth-in-bewegungen__](http://degrowth.info/de/dib/degrowth-in-bewegungen)

Giacomo D'Alisa, Federico Demaria, Giorgios Kallis (Hrsg.) (2016) München. Oekom Verlag **DEGROWTH – HANDBUCH FÜR EINE NEUE ÄRA** Sammelband zu den wichtigsten Ideen, Akteuren und Einflüssen rund ums Postwachstumskonzept.

Verein zur Förderung der Solidarischen Ökonomie (2011) Kassel University Press **SCHRITTE AUF DEM WEG ZUR SOLIDARISCHEN ÖKONOMIE** Ein Buch mit Beiträgen zu den verschiedenen Aspekten und Möglichkeiten von solidarischer Ökonomie. [__uni-kassel.de/upress/online/frei/978-3-86219-130-7.volltext.frei.pdf__](http://uni-kassel.de/upress/online/frei/978-3-86219-130-7.volltext.frei.pdf)

ZENTRALE WEBSEITE ZUR IDEE DER GEMEINWOHL-ÖKONOMIE [__ecogood.org__](http://ecogood.org)

Webseite rund um die **COMMONSBEWEGUNG** [__commons.blog__](http://commons.blog)

Alberto Acosta (2015) München. Oekom Verlag **BUEN VIVIR. VOM RECHT AUF EIN GUTES LEBEN** Der ecuadorianische Politiker stellt in seinem Buch die andinische Idee des Buen Vivir als Alternative zum Kapitalismus aus dem Globalen Süden vor.

DER ZWANG ZU WACHSEN STEHT ÜBER ALLEM. DAS ARGUMENT STICHT EINFACH IMMER. FORDERUNGEN VON NATUR-, TIER- UND UMWELTSCHUTZORGANISATIONEN MÜSSEN SICH DEM WACHSTUMSZWANG OFT UNTERORDNEN. HÖCHSTE ZEIT ALSO SICH MIT DIESEM THEMA ZU BESCHÄFTIGEN! DIESE BROSCHÜRE SOLL DEN EINSTIEG ERLEICHTERN: MIT ARGUMENTEN, MODELLEN, NETZWERKEN UND BEST-PRACTICE-BEISPIELEN AUS VERSCHIEDENEN UMWELTORGANISATIONEN.

